



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 5

**Mitgliederrückgang
endlich gestoppt**

LEBEN

SEITE 20

**Krankes Kind?
Recht auf Auszeit!**

ARBEIT

SEITE 24

**So bleibt die Haut
im Job gesund**

BEZIRK

SEITE 28

Die neuen Rechten

Heile Welt



THEMEN IM HEFT



Foto: Tobias Hase / picture-alliance

Nazis mitten unter uns

Neonazis sind nicht mehr nur Randfiguren in Springerstiefeln. Sie sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die NPD setzt auf Bürgernähe, nette Nachbarn und immer mehr auf Frauen. Sie engagieren sich in Gemeinden, Vereinen und Schulen – mit Erfolg. Die NPD wird immer gesellschaftsfähiger. Doch hinter der biedereren Fassade herrschen immer noch menschenverachtende Ideologie und Brutalität. Aber gegen Rechtsextremismus kann man gemeinsam etwas tun – in der Region und im Betrieb.

SEITE 10 BIS 13

Titelfoto: Bildmaschine /
Bernd Thissen / picture-alliance
Montage: Gudrun Wichelhaus



Foto: Oliver Berg / picture-alliance

IG Metall: Viele Neumitglieder

Die IG Metall war im vergangenen Jahr sehr erfolgreich bei der Mitgliederwerbung. Vor allem junge Menschen traten ein. **SEITE 5**

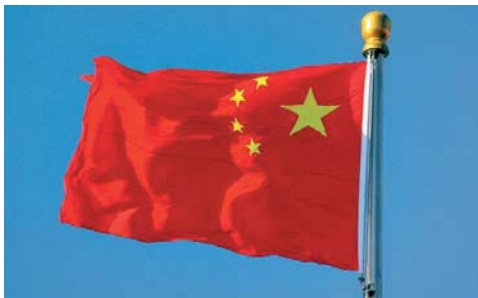


Foto: Frank Sorge / Caro Fotoagentur

Arbeiter kämpfen für ihre Rechte

Die Wirtschaftskrise trifft in China vor allem die Wanderarbeiter. Die lassen sich nicht mehr alles gefallen und protestieren. **SEITE 14 UND 15**



Foto: Jochen Tack

Krankes Kind – Krankengeld für Eltern

Was tun, wenn das Kind krank wird? Eltern haben ein Recht auf Krankengeld und eine Auszeit. **SEITE 20**

Anzeige

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzler, Bertin Eichler
Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de
Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin:
Susanne Rohmund
Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de
Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

DAS ERFOLGSJAHR 2008



Foto: Gaby Gerster

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über die gute Jahresbilanz 2008 und darüber, wo die IG Metall im Jahr 2009 ihre politischen Schwerpunkte setzen will.

In schwierigen Zeiten sind wir gut aufgestellt

Die IG Metall ist mitgliederstark, erfolgreich und finanziell solide. So können wir die Herausforderungen in 2009 bestehen.

Die IG Metall blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2008 zurück. Wir sind in den Betrieben stärker geworden als 2007 und haben die IG Metall verjüngt. Um über sechs Prozent haben wir den Mitgliederbestand bei den unter 27-Jährigen gesteigert. Unsere konsequente Mitglieder- und Betriebsorientierung wird besonders von den Jüngeren honoriert. Auch finanziell steht die IG Metall solide da. Wir sind mit unseren Beitragseinnahmen in 2008 verantwortlich umgegangen. Ausschließlich mit seriösen Anlagen haben wir eine angemessene Verzinsung erzielt.

Auch 2009 wird die Mitgliederorientierung im Mittelpunkt der IG Metall stehen. Damit schaffen wir eine gute Basis, um die schwierigen Herausforderungen in diesem Jahr zu bestehen. Aus der Finanzkrise ist eine schwere Wirtschaftskrise geworden, der mit entschlossenem Handeln begegnet werden muss. Die Bundesregierung hat mit ihrem Konjunkturpaket II erste Schritte in die richtige Richtung

unternommen. Leider nicht ausreichend, ein Investitionsprogramm von 100 Milliarden Euro für drei bis vier Jahre wäre der mutigere Schritt gewesen.

Immerhin sind mit den beiden Instrumenten Kurzarbeit und Bürgschaftsrahmen Bedingungen geschaffen worden, dass in diesem Jahr die Beschäftigung gesichert werden kann. Keine Entlassungen – das ist auch der herausragende Auftrag für die IG Metall in 2009. Aus einer starken Position heraus werden wir alle verfügbaren Kräfte für dieses Ziel mobilisieren.

Wir brauchen handlungsfähige Gewerkschaften und einen starken demokratischen Staat, um die Krise zu meistern. Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze. Falsche Rezepte aus der dunklen Vergangenheit taugen dafür nicht. Niemand benötigt darum alte und neue Rechtsradikale, die aus der Krise ihr Kapital schlagen wollen. Überall, wo sie aktiv werden, werden sie auf den entschiedenen Widerstand der IG Metall treffen.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Autoindustrie**
Im Schnitt sind deutsche Autos neun Jahre alt.
- 5 **Mitgliederentwicklung**
Die IG Metall wächst – vor allem bei den Jungen.
- 6 **Textil-Tarifrunde**
Mehr Geld für Arbeiter, denn Sakkos kaufen keine Sakkos.
- 7 **Versicherungen**
Keine Haftung bei Streik? Unsinn sagt Verbraucherschutz.
- 8 **Interview mit Bertin Eichler**
Das Geld der Metaller ist gut und sicher angelegt.
- 9 **Azubis**
Viele der besten Azubis sind Mitglied bei der IG Metall.

TITEL

- 10 **Gegen Rechts**
Die IG Metall macht mobil gegen Neonazis. Ob im Betrieb oder in der Gesellschaft: Metallerinnen und Metaller erheben ihre Stimmen gegen Rechts. Die metallzeitung berichtet über nachahmenswerte Beispiele.

REPORTAGE

- 14 **Chinas Wanderarbeiter**
In der Volksrepublik sind es auch die Wanderarbeiter, die jetzt als erste vor die Tür gesetzt werden. Arbeitsverträge sollen sie schützen.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe und Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Werner Altmann, der Arbeitslose für die IG Metall Freiburg berät.
- 18 **Recht so!**
Arbeitsverträge nicht ungeprüft unterschreiben.
- 19 **Service für Mitglieder**
Wenn Leiharbeiter ihren Job verlieren, ist guter Rat für Mitglieder nicht teuer.
- 20 **Guter Rat**
Eltern mit krankem Kind dürfen zu Hause bleiben und erhalten Krankengeld.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Drei Tage für zwei Personen im Thüringer Wald

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Solar-Fabrik-Betriebsrat kämpfte erfolgreich für Tarif.
- 24 **Tipps für den Job**
Hautkrankheiten beim Job: So schützt man sich.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Achim Truger über das Konjunkturpaket II und die Steuerreform.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Insolvenz

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

Die Kampagne Leiharbeit ist sehr erfolgreich

2008 wurden 11 000 Leiharbeiter als Mitglieder gewonnen und rund 400 Vereinbarungen abgeschlossen, mit denen die Arbeitsbedingungen denen der Stammbeschäftigten angeglichen wurden. **SEITE 18**

Vor Ort informierte die IG Metall Leiharbeiter über ihre Rechte. Der Truck macht Winterpause und ist ab Mai wieder im Einsatz.



Foto: Jens Braune del Angel

AUTOINDUSTRIE

Deutsche Autos im Schnitt 9 Jahre alt

Die weltweite Rezession beutelt die ganze Wirtschaft. Gesorgt wird sich aber ganz besonders um die Autoindustrie. Die Bundesregierung versucht daher mit ihrem jüngsten Konjunkturpaket, vor allem die Fahrzeugbranche zu stützen. Und dafür gibt es gute Gründe: Fast jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland hängt irgendwie von Autos ab.



90 000 neue Autos, so viel wie nie zuvor, stehen auf dem Auto-terminal in Bremerhaven auf Halde. Sie warten darauf, ins Ausland verschifft zu werden.

Foto: Ingo Wagner / dpa / pa

»Nimm zwei, zahle einen«, wirbt ein Kölner Autohaus. Die Rabattschlachten im Autohandel nehmen allmählich selbstmörderische Formen an. Millionen Autos stehen auf Halde. Die Branche könnte zurzeit weltweit 25 Millionen mehr Autos im Jahr produzieren als sie verkaufen kann. Es tobt ein irrsinniger Konkurrenzkampf, mit Rabatten, billigen Kredit- und Leasingraten, die die ganze Finanzierung ins Schleudern bringen.

Dazu kommt die weltweite Rezession. Bei den deutschen Autokonzernen und ihren Zulieferern schrumpften die Aufträge allein im November um 35 Prozent. Um nicht auf Halde produzieren zu müssen, legen die Werke Pausen ein und drosseln die Arbeitszeit. Bis zu 80 Zulieferer gelten als akut gefährdet. Innerhalb weniger Tage mussten TMD Friction und Te-drive Insolvenz anmelden. Beides sind Private Equity-Firmen, deren Kauf über Schulden finanziert wurde, die die Betriebe belasten.

»Heuschrecken«-Firmen trifft die Krise mit besonderer Wucht.

Die Autoindustrie ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland: Rund 2,5 Millionen Industriearbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von ihr ab, mit Handel und Werkstätten ernährt sie zehn Prozent aller Beschäftigten. Wenn eine solche Branche ins Strudeln gerät, sind Arbeitsplätze in der gesamten deutschen Wirtschaft gefährdet.

Krise, Preisanstiege und das lange politische Rumgezerre bei der Kfz-Steuer haben die Menschen verunsichert. Autokäufe schieben sie auf die lange Bank. Das Durchschnittsauto auf deutschen Straßen ist inzwischen fast neun Jahre alt.

Mit der »Umweltprämie« für verschrottete Altautos – der Vorschlag stammt von der IG Metall – versucht die Bundesregierung gegenzusteuern. Damit niemand mehr

vom Autokauf abgeschreckt wird, weil er nicht weiß, wie die Steuer künftig aussieht, will sie den Tarif bis Juli endlich auf Kohlendioxid-Ausstoß umstellen.

Das allein reicht aber nicht. »Gerade jetzt müssen die Autoproduzenten, vor allem die Zulieferer, in Zukunftstechnologien investieren«, weiß Klaus Franz, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Opel. Dazu brauchen sie Kredite. »Die Banken müssen politisch gezwungen werden, sie ihnen auch zu geben«, fordert Franz.

Das Auto der Zukunft ist leichter, individueller, braucht weniger Sprit oder hat einen Elektromotor. Als Ladenhüter haben sich 2008 vor allem Wagen der oberen Mittelklasse entpuppt: Es wurden 18,6 Prozent weniger zugelassen als 2007. Kleinstwagen legten dagegen um 18 Prozent zu. »Große Schlitten«, sagt Franz, »sind bald out. Und gesellschaftlich genauso verpönt wie Pelzmäntel.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Wie die IG Metall das Konjunkturpaket II bewertet:

Ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend:

- Die öffentlichen Investitionen, etwa in Schulen, sind notwendig und bringen mehr, um die Konjunktur zu beleben, als zum Beispiel Steuersenkungen. Aber: 14 Milliarden sind viel zu wenig.
- Hilfen, wie Abwrackprämie und 100-Milliarden-Bürgschaft zur Absicherung von Unternehmenskrediten, sind sinnvoll.
- Mehr Geld und Steuerentlastung für Familien, Kleinverdiener und Hartz IV-Empfänger sind sozial gerecht. Und gut für die Konjunktur, weil diese Gruppen mehr Geld auch ausgeben. Menschen mit hohem Einkommen hätten aber stärker an der Finanzierung des Pakets beteiligt werden müssen (siehe auch Seite 26).



Foto: Matthias Winkler / Picture-Alliance

PROTEST AN DIE ADRESSE DER KANZLERIN

Lichter der ganz anderen Art: Mit einer Projektion auf das Bundeskanzleramt kritisierte die IG Metall den Missbrauch von Leiharbeit. Per Beamer wurde das Gebäude angestrahlt. Der meterhohe Schriftzug lautete: »Gestern waren wir das Jobwunder. Jetzt werden wir arbeitslos. 750 000 Leiharbeiter fragen: ›Ist das gerecht?‹« »In ungewöhnlichen Zeiten müssen wir auch ungewöhnliche Wege des Protestes gehen«, betonte der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzels. Die Aktion war eine von vielen innerhalb der Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«, die die IG Metall im vergangenen Jahr startete. Mehr zum Thema Leiharbeit auf Seite 18 und 19.

Stark, stärker, IG Metall

Das vergangene Jahr kann sich sehen lassen: mehr neue Mitglieder und dank Tarifierhöhung mehr Geld für Metaller.

Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, ist zufrieden. Für seine Organisation war das Jahr 2008 ein erfolgreiches: »Wir haben die Wende geschafft, erstmals seit vielen, vielen Jahren haben wir den Mitgliederrückgang gestoppt.« Die Bilanz kann sich sehen lassen: Die Zahl der Neumitglieder stieg um 14,6 Prozent. Besonders junge Beschäftigte unter 27 Jahre finden die IG Metall toll. »6 Prozent mehr Junge – Da soll noch mal einer sagen, die Gewerkschaften seien für Jugendliche nicht attraktiv«, betonte Huber anlässlich der Veröffentlichung der jüngsten Zahlen in Frankfurt. Abzüglich der Sterbefälle und Austritte ist die Mitgliederzahl von 2,3 Millionen somit stabil geblieben.

Jedes einzelne Mitglied profitiert direkt und konkret von dem Erfolg. Denn: Nur eine starke Gewerkschaft ist durchsetzungsfähig. Huber: »Eine Gewerkschaft

ohne Mitglieder ist wie ein Tiger ohne Zähne.« Und eine starke Gewerkschaft kann gute Tarifforderungen durchsetzen. Wie die IG Metall im vergangenen Jahr: Rund 6,23 Milliarden Euro mehr brachte die Tarifpolitik in die Taschen der Beschäftigten. Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender: »Jeder Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie erhält 135 Euro mehr im Monat.«

Auch alle anderen Leistungen können sich sehen lassen:

■ Bei rund 44 000 Rechtsschutzfällen erstirrt die IG Metall gut 117 Millionen Euro.

■ 480 000 Beratungen gab es in den Verwaltungsstellen plus unzählige Gespräche sowie 250 000 Betriebsversammlungen in den 15 500 betreuten Unternehmen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Mehr über Erfolge, Leistungen und Finanzen ab Seite 8 und unter:

► www.igmetall.de/metalzeitung

Doppstadt: Anschlag auf Betriebsratschef

Eklat bei Umwelttechnik-Hersteller Doppstadt im sachsen-anhaltinischen Calbe. Unbekannte haben den Betriebsratsvorsitzenden Andreas Kirchhoff überfallen und zusammengeschlagen.

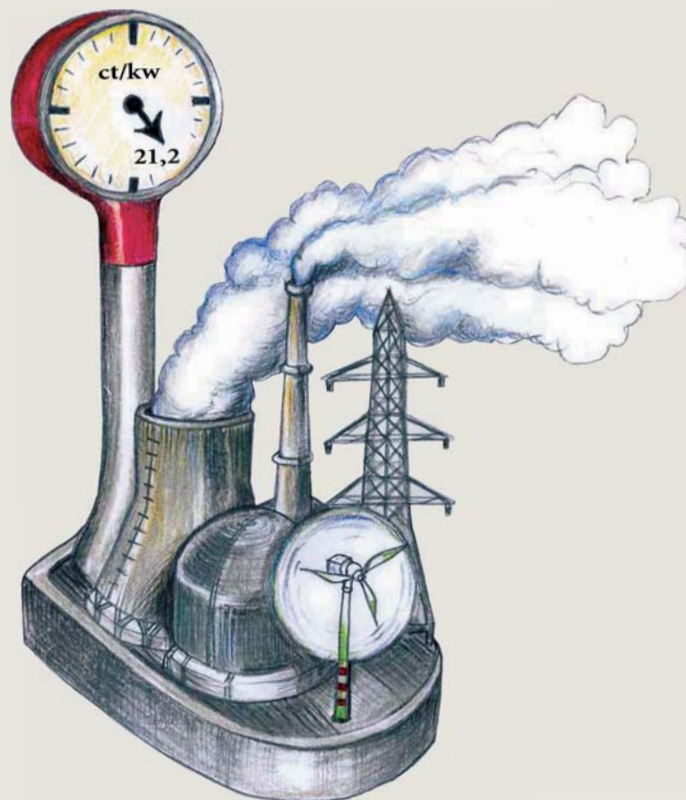
Die Täter sollen Metaller Kirchhoff im Umkleideraum des Betriebes aufgelaert haben. Erst zogen sie ihrem Opfer einen Plastikmüllsack über den Kopf, dann schlugen sie auf ihn ein. Nach dem Angriff verschwanden die Schläger unerkannt, Kirchhoff wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Kriminalpolizei ermittelt.

Die Magdeburger IG Metall sieht den Überfall möglicherweise im Zusammenhang mit einem bei Doppstadt schwelenden be-

trieblichen Konflikt um Mitbestimmungsrechte. Seit Jahren versucht die Geschäftsleitung, den Betriebsrat aufzulösen und hat dafür den berüchtigten Arbeitgeber-Anwalt Naujoks (metallzeitung 1/2009 berichtete) angeheuert. »Naujoks und Geschäftsleitung haben die Belegschaft gespalten und immer wieder Hass gegen den Betriebsrat gesät«, klagt IG Metall-Sekretär Siegmund Alberty an.

Die Metallerinnen und Metaller bei Doppstadt haben in einem offenen Brief an den geschäftsführenden Gesellschafter appelliert, »wie früher zu einer sinnvollen Zusammenarbeit zu kommen«. **fra**

STROMPREISE



Erneuerbare Energien kein Grund für höhere Preise

Zwischen 2002 und 2007 ist der durchschnittliche Strompreis für Privatkunden von 16,8 auf 21,2 Cent je Kilowattstunde gestiegen. Die zunehmende Nutzung Erneuerbarer Energien trägt zur Strompreisentwicklung aber nur unwesentlich bei. So verteuerte deren Förderung vorletztes Jahr ein Kilowatt Strom um nur 0,73 Cent.

Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien, Illustration: Züleyha Mau



Foto: Bugatti

Eine Werkstatt wo für die Marke »Bugatti« Sakkos zugeschnitten und zusammengenäht werden.

TEXTIL-TARIFRUNDE

Sakkos kaufen keine Sakkos

»Unsere Löhne sind niedriger als in den meisten Branchen, aber das Leben ist für uns genauso teuer wie für andere Menschen. Mehr Geld haben wir dringend nötig.« Das sagt Christine Geppert. Sie arbeitet bei Karl Otto Braun, einem Textilbetrieb in Wolfstein. Sie und ihre Kollegen fordern ab März 5,5 Prozent mehr Geld.

Wolfgang Brinkmann hat in seinem Leben schon viele Hürden übersprungen. Jetzt will die IG Metall, dass der Springreiter, der 1988 von der Olympiade in Seoul eine Goldmedaille mit nach Hause brachte, eine neue Hürde nimmt: Er soll einen guten Tarifabschluss für die rund 100 000 Beschäftigten

der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie unterschreiben. Denn Brinkmann ist auch Verhandlungsführer der Arbeitgeber. Und Chef eines Bekleidungsunternehmens in Herford, dessen Beschäftigte »Bugatti«-Hemden herstellen – und natürlich Reiterkleidung, Edelmarke: »Pikeur«.

»Der Chef sagt immer, die Leute müssen mehr kaufen. Dann antworte ich, dann müssen sie auch mehr verdienen«, berichtet Beate Ückert, die Betriebsratsvorsitzende in Herford. Wenn die rund 360 Belegschaftsmitglieder alle Reiterinnen und Reiter wären und im modischen Sakko »Ghia 48er mit zwei Rückenschlitzen in Exklusivqualität Soft-Shell by Pikeur« für 419,95 Euro im Sattel sitzen würden, müssten viele von ihnen länger als eine Woche dafür arbeiten. Für das, was sonst noch alles im Leben bezahlt werden muss und immer teurer wird, bliebe nicht viel übrig.

5,5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall. Seit Ende Januar wird verhandelt. Am 11. Februar ist der zweite Termin. Die IG Metall sieht keinen Grund, wegen der Krise keine höheren Löhne zu verlangen und sich vom Rest der Wirtschaft abhängen zu lassen. Die Entgelte in der Textil- und Bekleidungs-

branche liegen weit unter dem Industrie-Durchschnitt, wie das Statistische Bundesamt gerade erst gemeldet hat. 2007 verdiente ein Textil-Beschäftigter im Schnitt 2752 Euro brutto, 745 Euro weniger als der durchschnittliche Industriearbeitnehmer. Die Löhne spielen bei den Gesamtkosten in der Branche keine große Rolle mehr. Der Anteil, den sie am Umsatz haben, lag 2008 in den Textilbetrieben nur noch bei gut 18 Prozent. In der Bekleidungsindustrie sogar nur bei 13,3 Prozent, was daran liegt, dass fast nur noch die Logistik und Muster-Fertigung in Deutschland geblieben sind. Produziert wird meist in Billiglohnländern.

Brinkmann lässt die teuren Sakkos und Hosen für Reiter zum Teil noch in Deutschland fertigen. Der Firma geht es wirtschaftlich gut. »Wer sich ein Pferd leisten kann«, sagt Beate Ückert, »der kann sich auch Pikeur leisten.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mindestlohn

- Die Regierung will Großwäschereien ins Entsendegesetz aufnehmen. Damit kann es für rund 30 000 Beschäftigte dieser Branche künftig einen Mindestlohn geben. Zurzeit müssen Betriebe im Osten, wenn sie einen Tarifvertrag mit einer »christlichen« Gewerkschaft abgeschlossen haben, nur 4,95 Euro zahlen. Künftig mindestens 6,36 Euro, im Westen 7,51 Euro. Das ist weniger als in Betrieben mit IG Metall-Tarif: Hier gilt weiterhin ein Mindestlohn von 8,02 Euro. »Aber es hilft, die Schutzkonkurrenz einzudämmen«, erklärt IG Metall-Tarifpolitiker Hans Wettengl.
- Die CDU hat einen Mindestlohn für Zeitarbeit auf Basis des DGB-Tarifs verhindert. Sie will nur »Lohnuntergrenzen« akzeptieren, die sich an den Tarifverträgen der »christlichen« Gewerkschaften orientieren. »Damit werden Billigtarife zur Untergrenze, die nicht zum Leben reichen«, kritisiert der IG Metall-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen, Oliver Burkhard.

Keine Haftung bei Streik?

Miniversicherungen, etwa für Hörgeräte, gelten nicht bei Streik, so die Axa. Unsinn, sagen Franz Steinkühler und Verbraucherschutz.

Franz Steinkühler, der ehemalige Erste Vorsitzende der IG Metall und Wegbereiter der 35-Stunden-Woche, traute seinen Augen nicht. Im Kleingedruckten seiner Hörgeräteversicherung stand »ausgeschlossen sind die Gefahren von Streik ...«. Sehr wütend schrieb Steinkühler an die Versicherung Axa: »Glauben Sie im Ernst, den Versicherungsschutz aufheben zu können wegen der Inanspruchnahme eines grundgesetzlich garantierten Rechts?«

Die Axa findet ja und antwortete, dass es sich um »Risikoausschlusstatbestände« handelt, die auf »internationalen Versicherungsmärkten Anwendung finden« und vom Versicherungsverband (GDV) empfohlen werden.

Für Michael Wortberg von der Verbraucherzentrale Rheinland-

Pfalz ist der Fall klar: »Der Risikoausschluss bedeutet tatsächlich, dass wenn Herr Steinkühler an einem Streik teilnimmt und dort das Hörgerät verliert, es nicht versichert ist.«

Aber der Verbraucherschützer gibt auch Entwarnung: »Gewerkschafter wie Herr Steinkühler nehmen auch dann am Streik teil, wenn sie mit dem Arbeitgeber verhandeln.« Ob sich die Axa wohl trauen würde, die Leistung zu verweigern, wenn es dort verlieren oder beschädigen würde? Wortberg: »Vor Gericht käme die Axa damit nicht durch.«

Auch wenn die Axa und der Versicherungsverband GDV beteuern, sie wollen das Streikrecht nicht einschränken. »Der Ausschluss ist politisch völlig inakzeptabel«, ärgert sich Steinkühler. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de



Der gute Rat bei Miniversicherungen

Viele Miniversicherungen (Hörgerät, Brille, Handy) sind Luxusversicherungen mit Löchern und Risikobeschränkungen, die man nicht braucht. Toll, wenn das Gerät ersetzt wird, aber man könnte es auch selbst bezahlen oder Leistungen aus der Krankenversicherung in Anspruch nehmen. Gewerkschafter sollten überlegen, ob sie überhaupt eine Versicherung mit Streikausschluss abschließen, um so auch politisch ein Signal zu setzen.

Hilfe für Gewerkschafter in Vietnam

Vor allem asiatische Investoren sind arbeitnehmerfeindlich.

Daimler, Adidas, Seidensticker, Ford und Triumph-Mieder sind mit ihren Produktionen vor Ort. Die IG Metall auch. Sie berät vietnamesische Gewerkschaften und bildet ihre Betriebsräte aus.

Seit mehr als 20 Jahren befindet sich das asiatische Land im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Viele ausländische Investoren kamen, missbrauchen die laschen Arbeitsgesetze und agieren gewerkschaftsfeindlich.

Die IG Metall hilft gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung vor Ort. »Die vietnamesischen Gewerkschaften haben keine Antwort auf die aktuellen Fragen«, weiß Metaller Walter Weller, der die Projekte vor Ort unterstützt und auch Studienreisen für IG Metall-Mitglieder organisiert. **sro**

Mehr Infos zur Arbeit in Vietnam und zur nächsten Studienreise:

► www.igmetall.de/metalzeitung



Foto: BilderBox.com

Frauen mit Kindern arbeiten nur selten Vollzeit.

Mütter arbeiten immer kürzer

Auf dem Arbeitsmarkt kommt die Gleichberechtigung nicht voran.

In Sachen Gleichberechtigung kommt Deutschland nicht von der Stelle. Im Gegenteil: Frauen mit Kindern arbeiten heute deutlich weniger Stunden pro Woche als vor acht Jahren. Das berichtet das Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Christiane Wilke, beim Vorstand der IG Metall zuständig für Frauen und Gleichstellung, wundert sich darüber nicht. Rahmenbedin-

gungen wie das Ehegattensplitting fördern die klassische Rollenverteilung. »Und auch in den Köpfen vieler Arbeitgeber muss sich da noch einiges ändern. Sitzungen werden zwar wegen eines Fußballspiels, aber nicht wegen Familienterminen auf den Vormittag verlegt.« **fam**

Die gesamten Ergebnisse unter:

► www.iaq.uni-due.de

→ Aktuelles

Ausbildung rückläufig – Statistik getrickst

Die Zahl der Ausbildungsplätze hat abgenommen. Laut Ausbildungsbilanz der IG Metall nach Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden im Ausbildungsjahr 2008 1,5 Prozent weniger Ausbildungsverträge geschlossen als im Jahr zuvor.

Dies widerspricht der Erfolgstatistik des »Ausbildungspakts« von Bundesregierung, Arbeits-

agentur und Arbeitgeberverbänden. Unter anderem wurden die meisten der fast 100 000 unversorgten Bewerber in Förder- und Qualifikationsmaßnahmen gesteckt – und damit abgehakt.

Auch die Zeitschrift »Stern« hatte im Januar bemerkt, dass »die geschlossene Lehrstellenlücke in erster Linie statistischen Tricks zu verdanken« sei. **de**

Opel will Kurzarbeit erträglich gestalten

Angeichts der zurückgehenden Automobil-Nachfrage verhandelt der europäische Betriebsrat von General Motors Europa über Mindeststandards bei Arbeitszeitverkürzungen. Sie sollen für alle europäischen Standorte gelten. Der angestrebte »Rahmenvertrag« soll bei Kurzarbeit

finanzielle Nachteile für die Beschäftigten mildern. So ist vorgesehen, staatlich geförderte Kurzarbeit mit 12,5 Prozent vom Unternehmen bezuschussen zu lassen und betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Bei Redaktionsschluss stand die Einigung kurz bevor. **fra**

Lobbydschungel Berlin

Rund 5000 Lobbyisten tummeln sich in Berlin. Ihr Ziel ist es, die Politik der Bundesregierung zu beeinflussen. Ein neuer Reiseführer des Kölner Vereins Lobbycontrol lotst zu den Adressen dieser Einflüsterer. Die Routen führen zu insgesamt 55 Stationen. Start ist in der Friedrichstraße beim Verband der Chemischen Industrie, am Montbijouplatz schließlich die dubiose Agentur berlinpolis. Es gibt jeweils kurze Hintergrund-Infos. Zum Schluss entwickelt der »Lobbyplanet«, so heißt das Buch, Perspektiven »für mehr Transparenz und Demokratie.«
► www.lobbycontrol.de

Spenden für Gaza

Nach Angaben der Hilfsorganisation Medico International haben die Angriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen eine »humanitäre Tragödie« bewirkt. Die Medico-Partnerorganisation »Palestinian Medical Relief Society« arbeitet rund um die Uhr. Gleichzeitig fordert der israelische Medico-Partner »Ärzte für Menschenrechte«, Verletzte aus dem Gazastreifen in Israel behandeln zu dürfen. Für die Nothilfe erbittet Medico Spenden.

► **Spendenkonto: medico International, Frankfurter Sparkasse, Kontonummer 1800, BLZ 50050201**
Stichwort: »Palästina«

Ungleich verteilt

Arbeitslosigkeit trifft in Deutschland nicht alle Beschäftigten gleich. Während viele im Verlauf ihres Erwerbslebens nie arbeitslos werden, müssen einige wenige häufig ohne Job über die Runden kommen. Das fanden Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. Mehr als die Hälfte des gesamten Arbeitslosigkeitsvolumens konzentriert sich danach auf fünf Prozent. Besonders häufig trifft Arbeitslosigkeit Menschen mit geringem Bildungsniveau oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

INTERVIEW

Das Geld der Metaller

Die IG Metall finanziert sich fast ausschließlich über die Beiträge ihrer Mitglieder. Doch was passiert mit dem Geld? Bertin Eichler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptkassierer der IG Metall, erklärt, wie die Finanzen verwaltet und wofür sie genutzt werden.



Fotos: Frank Rumpenhorst

metallzeitung: Jedes Mitglied der IG Metall zahlt ein Prozent seines Bruttolohns als Mitgliedsbeitrag. Wer legt denn diese Höhe fest?

Bertin Eichler: Sie ist in der Satzung der IG Metall in Paragraph 5 geregelt. Die Satzung beinhaltet unsere verbindlichen Regeln innerhalb der Organisation. Auch der Beitrag für Rentner, Studierende, Studierende in berufsbegleitenden Studiengängen und Arbeitslose ist dort festgelegt. Der durchschnittliche Beitrag von Beschäftigten liegt zurzeit bei 22,83 Euro im Monat.

metallzeitung: Wie verteilen sich die Ausgaben der IG Metall innerhalb eines Geschäftsjahres?

Eichler: Der größte Teil des Geldes wird für die Mitgliederbetreuung vor Ort verwendet. Dafür erhalten die Verwaltungsstellen 35 Prozent der Beitragseinnahmen. Auch von anderen Ausgaben profitieren die Mitglieder. Sie erhalten Unterstützungsleistungen, zum Beispiel die Freizeit-Unfallversicherung, die Unterstützung für Rentnerinnen und Rentner und die finanzielle Hilfe im Todesfall (»Sterbegeld«).

Zu den zentralen Ausgaben gehö-

ren außerdem die metallzeitung und Infomaterial zu den verschiedensten Themen sowie Kampagnen. 15 Prozent der Beitragseinnahmen legen wir zurück für die Streikkasse und unsere Verpflichtungen. Damit ist die IG Metall jederzeit handlungs- und arbeitskampffähig.

metallzeitung: Und wer entscheidet, wo wieviel Geld hinfließt?

Eichler: Das ist zum Teil in der Satzung geregelt. Zum Beispiel die Unterstützungsleistungen oder wieviel die 164 Verwaltungsstellen bekommen. Um stabile Pla-

Wer zahlt wieviel Beitrag im Monat?

Der volle Leistungsumfang der IG Metall besteht immer dann, wenn der satzungsgemäße Beitrag bezahlt wird. Damit kommen die Leistungen den Mitgliedern auch dann zugute, wenn sich in ihrem Leben etwas ändert.

- **Beschäftigte in Voll- oder Teilzeit sowie Auszubildende** zahlen ein Prozent ihres Bruttoeinkommens.
- **In Elternzeit** zahlen Mütter und Väter 1,53 Euro im Monat.
- **Grundwehr- und Zivildienstleistende** sind vom Beitrag freigestellt.

- **Studentinnen und Studenten** zahlen für ihre Mitgliedschaft einen Festbeitrag von 2,05 Euro. Wer ein berufsbegleitendes Studium macht, der zahlt den satzungsgemäßen Beitrag von einem Prozent.
- **In der Altersteilzeit** beträgt der Beitrag mindestens 70–80 Prozent des früheren Beitrags bei Vollzeitbeschäftigung.
- **Erwerbslose** zahlen einen Festbetrag von 1,53 Euro.
- **Rentnerinnen, Rentner sowie auch Vorruheständler** zahlen 0,5 Prozent des Renteneinkommens.

nungsgrundlagen zu schaffen, haben wir darüber hinaus ein einnahmeabhängiges System der Budgetierung beschlossen. Darüber entscheidet der Vorstand.

metallzeitung: In Zeiten der Bankenkrise: Sind die Rücklagen sicher angelegt?

Eichler: Die IG Metall betreibt eine vorsichtige Anlagepolitik, die Rücklagen sind damit sicher angelegt. Wir haben das Vermögen auf dem Geld- und Kapitalmarkt breit gestreut. Es gibt hohe Auflagen für den Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Intern haben wir ein strenges Risikocontrolling. In der Krise hat sich unser System bewährt: Trotz Bankenkrise haben wir eine ordentliche Verzinsung unserer Finanzanlagen erwirtschaftet.

metallzeitung: Die Mitgliederentwicklung im vergangenen Jahr war ja durchaus zufriedenstellend. Bedeutet eine positive Mitgliederentwicklung denn auch eine positive Haushaltsentwicklung der IG Metall?

Eichler: Ja, auf jeden Fall. Dennoch ist es wichtig, dass wir auf einen verantwortungsvollen Umgang achten. Denn nur so können wir eine dauerhaft solide Finanzierung der IG Metall sicherstellen. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Mehr zu den Leistungen der IG Metall gibt es im Internet:

► www.igmetall.de



Bertin Eichler im Gespräch mit der Chefin vom Dienst, Ilka Grobe.

Rund um die Finanzen

■ **443 Millionen:** 2008 war ein finanziell erfolgreiches Jahr für die IG Metall. Im Vergleich zum Jahr 2007 gab es Mehreinnahmen von 13 Millionen Euro, die Beiträge lagen damit insgesamt bei 443 Millionen.

■ **156 Millionen:** 156 Millionen Euro gehen an die 164 Verwaltungsstellen. Sie erhalten somit den größten Teil der Ausgaben. Damit ist der Service vor Ort optimal gewährleistet.

■ **25,3 Millionen:** In die individuellen Unterstützungsleistungen flossen im Jahr 2008 25,3 Millionen Euro. Das sind zum Beispiel Gelder für die Freizeit-Unfallversicherung und die Kosten, die bei Rechtsstreitfällen entstehen (ohne DGB-Rechtsschutz gerechnet).

■ **26,8 Millionen:** Die IG Metall zahlt rund 26,8 Millionen Euro für die Bildung. In Seminaren werden zum Beispiel Betriebsräte und Vertrauensleute für ihre Arbeit ausgebildet.

■ **214 Tausend:** Ende 2008 waren 214 Tausend junge Kolleginnen und Kollegen unter 27 Jahren Mitglied. Das ist ein Plus von 6 Prozent im Gegensatz zu 2007. Und diese Gruppe macht 42 Prozent aller Neuaufnahmen aus. Die IG Metall wird also jünger.

■ **117 Millionen:** Die Summe des 2008 vom Rechtsschutz für die Mitglieder erstrittenen Geldes liegt bei 117 Millionen Euro.

■ **Das Geheimnis:** Wieviel Geld genau in der Streikkasse liegt, ist ein streng gehütetes Geheimnis. Und zwar deshalb, um sich im Ernstfall, im Arbeitskampf mit den Arbeitgebern, nicht »berechenbar« zu machen – im wahrsten Sinne des Wortes!

Die besten Azubis 2008

Jedes Jahr sucht die Industrie- und Handelskammer nach den besten Azubis. Junge Metaller sind natürlich wieder dabei.



Foto: Jens Schicke

Glückwünsche von Barbara Schöneberger und Regina Görner für zwei Azubis.

Im Dezember ehrte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die besten Auszubildenden Deutschlands: Mehr als 200 Absolventen aus IHK-Berufen durften im Berliner Palais am Funkturm ihre guten Abschlüsse feiern. Diese 200 »Super-Azubis« haben ihre Prüfungen mit »sehr gut« bestanden. Zum Vergleich: Etwa 300 000 Prüfungsteilnehmer gab es vergangenes Jahr insgesamt.

Für die IG Metall lautet die gute Nachricht, dass 23 der Azu-

bis Metaller sind. Vorstandsmitglied Regina Görner war vor Ort, um »unsere 23« zu beglückwünschen.

Ziel der IG Metall ist es auch weiterhin, allen Jugendlichen eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu ermöglichen.

Das Ergebnis der »Super-Azubis« stärkt alle Bemühungen, das duale Berufsbildungssystem aufrecht zu erhalten und in Zukunft auszubauen. ■

Heike.Madan@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Es geht immer um die Wurst

Manchmal können Politiker uns noch überraschen. Zum Beispiel Guido Westerwelle. Wir wussten ja gar nicht, dass der Mann rechnen kann. Sie etwa auch nicht? Doch kann er. Er kann sogar ausrechnen, dass 2,9 Milliarden Steuerentlastung für jeden von uns nur 3,10 Euro im Monat sind. Nachdem er so große Zahlen im Kopf hin und her

bewegt hat, bekam Guido offenbar Hunger. Denn gleich fiel ihm ein: »Dafür kriegt man ja gerade mal 'ne Currywurst mit Mayo – ohne Pommes.« Igitt, wer isst denn sowas? Mayo auf Currywurst – kein Wunder, dass der Mann immer so gequält grinst. Aber wir sehen jetzt einiges klarer. Schließlich wussten schon die alten Philosophen: Der Mensch ist, was er isst.



Foto: Rainer Jensen / picture-alliance

DIE NEUE HEILE WELT-MASCHE DER NEONAZIS

Nazis in unserer Mitte

Das Klischee vom glatzköpfigen, brutalen Neonazi in Springerstiefeln stimmt nicht mehr: Rechtsextreme Parteien, allen voran die NPD, geben sich bürgerlich, sozial und kinderlieb. Die NPD setzt auf nette Biedermänner – und immer mehr auf Frauen. Mit Erfolg: Die NPD sitzt in zwei Landtagen und unzähligen Landkreisen und Kommunen. Im Superwahljahr 2009 soll noch mehr her. Für die **metallzeitung** schreibt die zum Thema Neonazis mehrfach ausgezeichnete Journalistin und Buchautorin Andrea Röpke.

Foto: Otto Belina



Wenn Judith Rothe die zum Kreistagssaal umfunktionierte Sporthalle in Sangerhausen im Südharz betritt, dann grüßt die dreifache Mutter höflich mit »Hallo« und »Guten Tag«. Die 30-jährige Einzelhandelskauffrau setzt sich still auf ihren Platz – ganz rechts außen – und macht Notizen. Ihr Verhalten ist diszipliniert und angepasst. Bei öffentlichen Aussprachen schweigt sie und überlässt ihrem älteren Parteikameraden das Reden. Seit 2004 gehört Rothe der neonazistischen NPD an. Mittlerweile ist sie

Kreisvorsitzende für die Region Mansfelder Land/Südharz. In ihrem Wahlkreis Sotterhausen erhielt sie bei den Kommunalwahlen 2007 rund 15 Prozent der Stimmen. Nationalistische Frauen als Politikerinnen – dahinter steckt parteipolitisches Kalkül. NPD-Strategen haben gelernt, dass bullige Skinheads und vorbestrafte Neonazis als Kandidaten bürgerliche Sympathisanten meist verschrecken. Da kommt das Bild der freundlichen, politisch aktiven jungen Mutter bei der Bevölkerung schon viel besser an.

Die NPD ist auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Im September 2004 gelang es ihr in Sachsen erstmals nach über 30 Jahren, wieder in ein Landesparlament einzuziehen. Mit 9,2 Prozent der Stimmen. Zwei Jahre später folgte der Einzug in den Schweriner Landtag. Seit den Kommunalwahlen in Sachsen im Juni 2008 sitzt sie in sämtlichen Kreistagen. In einigen Gemeinden hat jeder vierte NPD gewählt. Bundesweit hat die NPD etwa 200 Abgeordnete in Kreistagen, Gemeinde- und Stadträten.



Neonazi-Mutter bei NPD-Wahlfest in Lübtin

Als nette Mütter von nebenan engagieren sich Neonazi-Frauen in Vereinen, Schulen, Kindergruppen und Gemeinderäten. Die ideale Nazi-Braut – als Wählerin und Gesicht der NPD: Blonde Zöpfe, Rüschen statt Springerstiefel, mit möglichst zahlreichem deutschen Nachwuchs.

Im Superwahljahr 2009 rechnet sich die 7000 Mitglieder starke Neonazi-Partei Chancen aus. Mit einem klaren Kurs: Sie will bürgerlich und normal erscheinen, um wählbarer zu werden. Parteichef Udo Voigt verkündet immer wieder die Parole: »Bürgernähe zeigen – vor Ort siegen – Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden«. Dort wo die NPD schon im Parlament sitzt, wird sie enttabuisiert. 12 Prozent im Westen und 16 Prozent im Osten sehen in ihr mittlerweile »eine Partei

wie jede andere«. »In Mitteldeutschland findet eine geräuschlose völkische Graswurzelrevolution statt«, freuen sich rechtsextreme Partitheoretiker über das Wählerpotenzial im Osten.

Die NPD wird unterschätzt: Sie ist professioneller und intellektueller geworden. Ihr Nachwuchs wird umfangreich geschult und gedrillt – in Rhetorik und Wortergreifung im Umgang mit politischen Gegnern und in Handlungsstrategien, um Themen in der Öffentlichkeit zu besetzen.

» Neben den »klassischen« fremdenfeindlichen Kampagnen setzt die Neonazi-Partei längst auf soziales und regionales: Hartz IV, Wirtschaftskrise oder »Heimatschutz«. NPD-Leute geben sich als »nette Nachbarn«: Sie engagieren sich in Vereinen, beraten Arbeitslose, helfen bei Hausaufgaben und organisieren Kinderfeste. Die NPD hat den »nationalen Nachwuchs« im Visier: Äußerlich harmlose Neonazi-Frauen gehen als Erzieherinnen in Kindergärten. Im Raum Nürnberg betreibt die NPD sogar eigene Krabbelgruppen.

Auch wenn die NPD-Kommunalpolitikerin Rothe bei Sitzungen schweigt, bringt sie routiniert zahlreiche schriftliche Anfragen in die Schul- und Jugendhilfeausschüsse ein. Rothe sei »nie provozierend«, beschwichtigen

Abgeordnete der anderen Fraktionen. Sie kümmern sich um den Erhalt der Baumbestände und sei immer auf der Suche »nach Themen, die den Bürger interessieren«. Das Wort »NPD« falle im Kreistag kaum, wiegelt eine Kreisrätin aus Sangerhausen ab. Also harmlos? Nur wenige wissen, dass NPD-Mandatsträgern parteiintern schon mal geraten wird, heimlich in den Rathäusern zu fotografieren, um sich später besser behaupten zu können. Zum Beispiel wenn es Ärger wegen ausgelegter NPD-Flugblätter gibt. Anhand der Fotos lässt sich dann belegen: Das Auslegen von Werbung – etwa vom Pizza-Dienst – ist im Rathaus üblich. Parteiintern gilt das Motto: »Nutzt die Zeit, solange eure politischen Gegner noch schlafen«.

»Sozial geht nur national«, heißt der Wahlkampfeslogan der NPD. Parteichef Voigt weiß wie sehr rechte Ressentiments bereits in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Laut Umfragen sehnen sich 15 Prozent der Bundesbürger wieder nach einem »Führer«. Um diese »schweigende Mehrheit« für sich zu gewinnen, will die NPD einen »kommunalen Unterbau« schaffen, bevor man nach »Höherem« streben könne. Gerade in den alten Bundesländern sind NPD-Funktionäre keine Randexistenzen mehr: Lehrer, Ärzte, Anwälte, Handwerker, Studenten und Unternehmer. In einer Anleitung wird NPD-Aktivisten detailliert erklärt wie der »Fronteinsatz« zur Mitgliederwerbung auszusehen hat. Ins Visier der »gutgelaunten und gepflegten« Parteiwerber geraten Freunde und Verwandte, Vereinskollegen, Arbeitskollegen, Hausärzte, Lehrer und Eltern von Klassenkameraden ihrer Kinder.

Parallel zur Professionalisierung der Neonazis ist auch ihre Brutalität gestiegen. Laut Statistik werden bundesweit jeden Tag zwei Gewalttaten von rechts begangen. Militanz und Intellekt – für die NPD kein Widerspruch.

Viele im Südharz wollen nicht glauben, dass die schüchterne, freundliche Rothe und ihr Lebensgefährte, der Kameradschaftsführer Enrico Marx, tätowiert, mit blankpolierter Glatze, die gleiche menschenverachtende Politik vertreten.

»Die ist doch nett«, sagt ein Nachbar. Andere schwärmen von Rothes gut erzogenen, »immer ordentlich gekleideten« Kindern. Nur dass die Polizei so oft am Haus des Paares, dem ehemaligen Gasthof »zum

Neonazi mit »88«-Code: zweimal der achte Buchstabe: »HH« – »Heil Hitler«. Die »88« zielt auch scheinbar harmlose Kleidung.



GEH

FASCHISMUS IST KEINE MEINUNG SONDERN EIN VERBRECHEN



KEINE STIMME DEN NAZIS!

WIDER IM PARLAMENT, NICHT AUF DER STRASSE (ODER IM VERBODEN!)

WWW.KEINE-STIMME-DEN-NAZIS.DE

Foto: keinstimmedennazis.de

Plan zentral, Akt lokal

Bei »Keine Stimme den Nazis« in Brandenburg gab es eine zentrale Planung und Öffentlichkeitsarbeit mit einer Internetseite sowie Material – T-Shirts, Plakate, Flyer und mehr. Die Aktionen setzten dann Bündnisse vor Ort um.

Gewerkschaften in Bündnissen gegen Rechts

»Keine Stimme den Nazis«

Strausberg/Brandenburg, April 2007: 120 an Bierbänken frühstückende Nazi-Gegner blockieren einen NPD-Infostand zur Kommunalwahl in Brandenburg Ende September. Die NPD zieht ab. Die folgenden Monate finden in ganz Brandenburg ähnliche Aktionen statt, 40 Demos und Diskussionsabende, 20 Konzerte. Das Motto: »Keine Stimme den Nazis« – eine Initiative von etwa 40 Gruppen, angestoßen von Gewerkschaften und Antifa Berlin.

»Wir haben die vielen lokalen Bündnisse aktiviert und vernetzt«, erklärt Daniel Wucherpfennig von der DGB-Jugend. »Die konnten sich vor Ort schnell mobilisieren«.

Der Erfolg: Bei den Kommunalwahlen bekamen NPD und DVU 3,4 Prozent – vorhergesagt waren bis zu 10 Prozent. »Keine Stimme den Nazis« geht im Superwahljahr 2009 weiter.

► www.Keine-Stimme-den-Nazis.de

»Runder Tisch gegen Rechts Passau«

Der Anschlag auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl im Dezember ging durch alle Medien. Anfang Januar demonstrierten 200 Neonazis in Passau Unschuld. 1400 kamen zur Gegendemo des »Runden Tisch gegen Rechts«, ein Bündnis von Gewerkschaften, Parteien, Antifa, Jugendverbänden, Kirchen und Berufsschulen, das schon vor Mannichl Aktionen und Ausstellungen organisiert hat.

Vor anderthalb Jahren hat der Jugendsekretär der IG Metall Passau, Karl Eichberger den »Runden Tisch« initiiert. Ein breites Bündnis sollte es sein, das nicht einfach »von gewissen CSU-Leuten in die Extremismus-Ecke gedrängt werden kann«, erklärt Karl. Der Fall Mannichl hat nun viel verändert. »Gerade in Passau stand die Antifa stark unter Beobachtung. Da gibt es jetzt mehr Akzeptanz. Und auch die CSU ist nun für ein NPD-Verbot.«



Ford-Metaller stellen sich quer

Ford-Beschäftigte auf der Demonstration von »Köln stellt sich quer« im September 2008. Sie protestieren gegen die rechts-populistische »Pro Köln«, die Ängste vor dem Islam schüren und nutzen will. Hinter »Pro Köln« stecken Neonazis. Mittlerweile gibt es mehrere Ableger (Pro NRW, Pro D).

Foto: Witlich Roßmann

Gegen Rechtsextremismus in Betrieb und Region

»Köln stellt sich quer«

50 000 Demonstranten stellten sich Ende September »quer« gegen den »Anti-Islamisierungskongress« der rechten »Pro Köln«, eine von Neonazis inszenierte »Bürgerbewegung«. 1000 Rechte aus ganz Europa sollten gegen die »Islamisierung Deutschlands« und die geplante neue Moschee in Köln aufmarschieren – am Ende waren nur 50 da. Die Kölner Gewerkschaften hatten ein breites Bündnis mobilisiert. Die Ford-Beschäftigten waren maßgeblich daran beteiligt: »Wir haben wochenlang im Betrieb informiert und inhaltlich diskutiert«, erzählt Vertrauenskörperleiter Thomas Freels. »Am Ende war allen klar: »Pro Köln« sind einfach Rassisten.« Dieses Jahr geht es weiter: »Pro Köln« marschiert im Mai wieder zur Europawahl. Köln wird sich erneut »quer stellen«.

Eko Stahl zeigt Flagge gegen Rechtsextremismus

Bei Eko Stahl Arcelor-Mittal in Eisenhüttenstadt ist kein Platz für Rassismus. Bei extremen Verstößen droht sogar die Kündigung. Das gilt auch außerhalb des Betriebs. Angefangen hatte alles vor elf Jahren. »Damals ist die rechte Gewalt in der Region eskaliert. Zwei unserer Azubis waren in Vorfälle verstrickt«, erzählt der damalige IG Metall-Arbeitsdirektor Rainer Barcikowski. »Wir sahen unsere moralische Verpflichtung. Ein Betrieb ist schließlich nicht nur Tatort, sondern auch Sozialisationsort.« Toleranz und soziales Verhalten wurde fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung. Es gibt Austausch mit einer polnischen Berufsschule. Eko veranstaltet Feste gegen Rechts und beteiligt sich an Netzwerken und Demos. Und auf Initiative von Eko gibt es seit 2008 eine Erklärung gegen Rassismus im Tarifvertrag für die ostdeutsche Stahlindustrie.



Foto: Christian Ditsch / version-foto.de



VORSICHT!

Rechtsextreme Symbole und Codes sind für viele nicht erkennbar und fließen immer mehr in die Alltagsmode von Jugendlichen ein. Einen umfassenden Überblick bieten die Broschüre und die Internetseite »Das Versteckspiel«:

► www.dasVersteckspiel.de



Neonazistin auf den zweiten Blick: NPD-Frau Judith Rothe trägt ein Halsband mit einem von Neonazis benutzten Runen-Symbol.

Foto: SHE

Thingplatz« am Dorfplatz ist, stört manchen. Beim Verfassungsschutz gilt das Haus der NPD-Kreisrätin als Treffpunkt von »herausragender Bedeutung«: Szenepartys, Proben von Rechtsrock-Bands oder Politikveranstaltungen. Von hier aus vertrieben Marx und Rothe im großen Stil Nazi-Musik über ihren »Staatsfeind«-Versand und ihr Label »Barbarossa«-Records. Mittlerweile wurde ihnen dafür die Gewerbeerlaubnis entzogen. Die Polizei hat dort immer wieder Neonazi-Treffen aufgelöst.

Von der gewaltbereiten Neonazi-Szene hat sich die Neonazistin Rothe nie klar distanziert. Sie steht zu ihren Kameraden. Als im Januar 2007 vier ihrer Partygäste nach einem Besuch im »Thingplatz« im Morgengrauen ein Flüchtlingsheim in Sangerhausen angriffen und Brandsätze warfen, kam einer der Bewohner aus Burkina Faso nur knapp mit dem Leben davon. Die Tatsache, dass ihr Name im Zusammenhang mit einem Brandanschlag auftauche, belaste sie nicht, sagte Rothe ungeniert in eine Fernsehkamera.

In Sotterhausen und Sangerhausen jedoch will man davon kaum etwas mitbekommen haben. Im Kreistag und vor den Wählern wird aus der fanatischen Neonazistin wieder die harmlose, engagierte Mutter von nebenan. ■

DENKEN

Hingehen und Europas größten Naziaufmarsch stoppen

am 14. Februar 2009 ab 13:00 Uhr in Dresden. Alle Informationen:

► www.geh-denken.de – Telefon: 0351-5 63 66 69

Mehr Infos und Links zum Thema Neonazis:

► www.igmetall.de/metallzeitung



Foto: Jason Lee / Reuters

Chinesische Wanderarbeiter ziehen wie Tagelöhner von Job zu Job.

CHINA – 30 JAHRE NACH DEN REFORMEN

Der Traum von der harmonischen Gesellschaft ist längst zerplatzt

Eine harmonische Gesellschaft will die Führung Chinas aufbauen – auch in der Wirtschaft. Deshalb hat sie vor einem Jahr die Rechte der Arbeiter gestärkt. Doch jetzt schlagen die Geister zurück, die man einst rief. Der alte Traum von einer harmonischen chinesischen Gesellschaft ist geplatzt. Vor Ort war **metallzeitung**-Mitarbeiter Hermann G. Abmayr.

»In den vergangenen Jahren hatten die Personalchefs in Chinas Export-Region im Perlfluss-Delta nach dem Neujahrsfest nur eine Sorge: Kehren alle Wanderarbeiter aus ihren Heimatdörfern an ihren alten Arbeitsplatz zurück?«, beschreibt Chen Weiguang, der Vorsitzende des Allchinesischen Gewerkschaftsbunds in Kanton, die bisherige Situation. Häufig hatten sich die schätzungsweise 200 Millionen Männer und Frauen nach dem Fest einen besser bezahlten Job gesucht.

Jetzt im Februar 2009, zu Beginn des chinesischen Jahres des Büffels, haben sich die Verhältnisse umgedreht. Schon seit Herbst sammeln sich auf den Bahnhöfen der Industriestädte im Südosten der Volksrepublik täglich Gruppen von Arbeiterinnen und Arbeitern, die zurück in ihre Heimatprovinzen fahren. »Häu-

fig hatten die Entlassenen nicht einmal genügend Geld«, berichtet Chen. Die Gewerkschaft zahlte deshalb immer wieder Fahrscheine. Chen und seine Leute haben früh damit begonnen, Wanderarbeiter in der Gewerkschaft zu organisieren und zu unterstützen, obwohl die Staatsgewerkschaften davon jahrelang nichts wissen wollten.

Noch immer werden Wanderarbeiter wie Gastarbeiter im eigenen Land behandelt. In den Industriestädten, in denen sie für umgerechnet 70 bis 100 Euro im Monat malochen müssen, sind sie nur geduldet. Ihre Kinder müssen in den Heimatdörfern bleiben. Und wenn sie mit den Eltern in die Stadt ziehen oder dort zur Welt kommen, haben sie kein Recht, einen Kindergarten oder eine Schule zu besuchen.

Grund genug für die Gewerkschaft in Kanton eigene Schulen zu betreiben, berichtete Chen schon vor gut zwei Jahren stolz. Bereits damals zeigte er den ausländischen Besuchern moderne Wohnheime in der Stadt, die die kantonische Gewerkschaft für die Leute aus der Provinz gebaut hat. »Dabei spielten wir eine Vorreiterrolle in China«, betont der Funktionär, der zugleich auch Vizepräsident des städtischen Volkskongresses ist.

In einigen anderen Städten setzen sich Bürgerinitiativen für die Tagelöhner ein. So hat der Sänger Sun Heng in einem Außenbezirk von Peking eine Schule für Kinder von Wanderarbeitern aufgebaut, die von Spenden lebt. Die Lehrer sind häufig Freiwillige, meist Studenten von einer der zahlreichen Universitäten der chinesischen Hauptstadt.

Sun gibt seit Jahren Konzerte für Wanderarbeiter. Er tritt auf Baustellen auf und hat inzwischen eine zweite CD und auch eine DVD herausgebracht. In einer Ausstellung ganz in der Nähe der Schule dokumentiert er die Geschichte der Wanderarbeit, zeigt Fotos von protestierenden Bauarbeitern, von schlimmen Arbeitsunfällen und überfüllten Unterkünften. Sogar das staatliche Fernsehen habe darüber berichtet, sagt der Sänger, der durch seine zurückhaltende Art beeindruckt. Die Lage habe sich zwar in den letzten Jahren verbessert, doch jetzt seien die Wanderarbeiter als erste von der Krise betroffen, weiß Sun. Wenn sie in ihre armen Heimatprovinzen zurückkehren, erhalten sie keinen Job und kein Arbeitslosengeld.

Die Regierung plant dennoch eine Landreform. Ziel ist es, aus vielen kleinen landwirtschaftlichen Flächen einige große zu machen, um so die Produktivität zu steigern. Die Idee: Die Bauern sollen künftig das Nutzungsrecht für ihr Land verkaufen können. Die Folge: Sie verkaufen ihre Äcker und versuchen dann ihr Glück als Wanderarbeiter in den Städten.

Ob auf dem Land oder in den Städten, statt Harmonie wachsen überall die sozialen Spannungen. Täglich werden Proteste bekannt. Seit Monaten streiken oder demonstrieren immer wieder Arbeiter, Taxifahrer, Lehrer, Bauern und in einem Fall sogar Polizisten, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. 30 Jahre nach dem Beginn der Wirtschaftsreformen und 20 Jahre nach der Niederschlagung des Studenten- und Arbeiteraufstandes auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking ist die Führung der Kommunistischen Partei so nervös geworden, dass sie ein gigantisches Konjunkturprogramm beschlossen hat. Es umfasst acht Prozent des

Sozialprodukts und ist damit weit größer als die Programme in Europa und Amerika.

Dabei hätte das Jahr 2008 der chinesischen Arbeiterklasse doch endlich einige der Fortschritte bringen sollen, die die Mittelschicht schon seit Jahren genießt. Mit dem Arbeitsvertragsgesetz, das 2008 in Kraft trat, sollte eine neue Epoche eingeleitet werden. So müssen seither bei Kündigungen generell Abfindungen bezahlt werden. Und alle abhängig Beschäftigten, auch Wanderarbeiter, haben Anspruch auf einen Arbeitsvertrag. Wenn ein Unternehmen dies verweigert, zahlt es so lange den doppelten Lohn, bis der Vertrag unterzeichnet ist.



Sänger Sun setzt sich für Wanderarbeiter ein.

IG Metall und das DGB-Bildungswerk aus Bayern wollten es genau wissen und fragten vor Ort beim Automobilzulieferer Wanxiang im südchinesischen Hangzhou nach: Die Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft bestätigte der bayrischen Delegation, dass alle Beschäftigten einen Arbeitsvertrag haben. Auch der



Für Arbeiter gelten Rechte oft nur auf dem Papier.



Polizeiaufgebot beim Protest der Taxifahrer.

Rechtssekretär des Gewerkschaftsbunds in der Boom-Provinz Zhejiang südlich von Shanghai versichert, dass ihm keine Verstöße bekannt seien. Doch am nächsten Tag erzählte der Fahrer der Gewerkschaft beiläufig, dass das staatliche Fernsehen erst kürzlich über verweigerte Verträge in Hangzhou berichtet habe.

Verlässliche Aussagen gibt es nicht, sagen Arbeitsrechtler Chang Kai von der chinesischen Volksuniversität und Soziologe Boy Lühje von der Uni Frankfurt. Sie wollen deshalb die Umsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes untersuchen. Seit dem Beginn der Krise aber haben einige Unternehmen ihre Bereitschaft mitzumachen zurückgezogen, da sie selbst mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Wie schwer sich China bei der Umsetzung des neuen Arbeitsrechts tut, zeigen die jüngsten Auseinandersetzungen im Perlfloss-Delta, wo es seit Monaten zu Entlassungen und Betriebsschließungen kommt, ohne dass die vorgeschriebene Abfindung bezahlt wird, oft nicht einmal der Lohn für die letzten Arbeitsmonate. So bei einer Autoradiofabrik in Kanton oder bei Spielzeugfabriken in Dongguan, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter deshalb ein Büro stürmten. Der Weg zur harmonischen Gesellschaft ist noch weit. ■

Hermann.Abmayr@t-online.de



Arbeiter beim Autozulieferer Wanxiang hoffen auf Arbeitsverträge und mehr Rechte.

DER LESER HAT DAS WORT

Sieben-Punkte-Programm
metallzeitung 1/2009, Interview
Berthold Huber: »2009 darf es keine Entlassungen geben«

»Wegen der Bedeutung unseres Sieben-Punkte-Programms habe ich erwartet, es als Aufhänger auf dem Titel zu finden. Statt dessen das Titelbild »Ausgelernt... und weiter geht's«. Die Übernahme aller Azubis ist wichtig, aber nur ein Teil der Lösung. Das Sieben-Punkte-Programm setzt sich nicht von allein um, sondern bedarf kräftiger Aktivitäten auf allen gewerkschaftlichen Ebenen. Zur Mobilisierung solltet Ihr auch die visuellen Möglichkeiten der metallzeitung nutzen.«

Achim Heier, Bremen

»Das Sieben-Punkte-Programm zur Finanzkrisenbewältigung ist ja sehr gut, nur mir fehlt ein Punkt. Warum erwähnt man nicht den Mindestlohn? Jetzt ist genau die richtige Zeit, die Diskussion für einen gesetzlichen Mindestlohn erneut anzustoßen. Die Menschen hätten dann monatlich mehr Geld in den Taschen und würden den einen oder anderen Euro auch wieder für den privaten Konsum ausgeben.«

Dirk Wüstenberg, Berlin

»Die Aussage »neue Autos produzieren weniger Schadstoffe« ist furchtbar pauschal. Es kann doch nicht sein, dass ein Austausch von zum Beispiel einem acht Jahre alten Golf in eine neue E-Klasse auch noch steuerlich subventioniert wird. Wenn schon Auto-Prämien, dann nur für wirklich sparsame Modelle.«

Martin Richter, Bremen

Gegenwehr ist Bürgerpflicht
metallzeitung 1/2009,
Reportage, »Spalten, brechen und zermürben«

»Durch Mobbing der Unternehmen und deren willfährigen Vollstreckern gehen diesen jährlich Milliarden Euro verloren. Hieraus wird ersichtlich, dass einige Firmen einfach noch zuviel Geld haben oder schlichtweg nicht rechnen können. Es stellt sich logischerweise die

Frage: Warum werfen Unternehmen für brutale Anwälte und sogenannte Berater soviel Geld buchstäblich aus dem Fenster? Derartigen Anwälten und Beratern fehlt schlichtweg eine sinnvolle Beschäftigung, damit sie diversen Firmen nicht mehr unnötigerweise auf der Tasche liegen.«

Helmut Buse, Remscheid

»Spalten, brechen und zermürben, das macht doch nicht nur dieser eine Anwalt. Gerade in den östlichen Bundesländern gibt es viele solcher Beispiele. Es zeigt eben erneut, dass die Arbeitnehmer die schwächsten Glieder dieser Gesellschaft sind. Das wird in dieser Gesellschaftsordnung immer so bleiben und liegt am System. Solange sich kein anderes politisches Wirtschaftssystem durchsetzt, wird sich nichts ändern. Abmildern – leider nicht beenden – lässt sich dieser Zustand nur, wenn die Gewerkschaften stark genug vertreten sind, insbesondere auch

in kleinen Betrieben sowie im Dienstleistungsgewerbe. Nur so ist überhaupt ein weiteres Ausufern solcher Praktiken wie die des Herrn Naujoks zu begrenzen.«

Dieter Schmiers, per E-Mail

»Ich frage mich, warum sich Gewerkschafter so kampflös mit diesen Methoden fertig machen lassen. Dabei wäre es doch Aufgabe einer starken Gewerkschaft, solche Leute mit ihren eigenen Methoden zu schlagen. Im

Falle Naujoks hieße das: Nachforschungen anstellen zu allem, was der feine Herr tut, schreibt oder sagt und auf mögliche Klagegründe überprüfen und damit überschütten. Nach zwei Jahren gibt auch Herr Naujoks auf. Wenn seine Methoden Schule machen sollten, dann hätten wir Betriebsräte schwere Zeiten. Gegenwehr ist also Bürgerpflicht. Mit welchen Mitteln das geht, zeigt uns Herr Naujoks ja selbst.«

Rainer Kowallik, Falkensee

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Rufnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS

➔ **ENGAGIERTE MÄDCHEN**

Frank Krüger, Gewerkschafter bei Verdi und Sohn eines »alten Metallers«, machte dieses Foto bei einer Präsentation für das Berufsbild des Schiffsmechanikers. »Auch Mädchen erlernen bei uns diesen Beruf. Und das engagiert und mit Top-Leistungen«, sagt Frank Krüger – der die **metallzeitung** auch für seine Lehrunterweisungen in der Ausbildung nutzt, weil so viele Themen die Jugendlichen ansprechen.

MITMACHEN

FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der **metallzeitung** gibt es diesmal als Preis ein multifunktionales Braun Digital Radio. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI WERNER ALTMANN

Für Arbeitslose auf Sendung

Werner Altmann, 60 Jahre, berät Arbeitslose für die IG Metall Freiburg. Ehrenamtlich. Er selbst ist Arbeitslosengeld II-Bezieher. Als Altmann vor 18 Jahren arbeitslos wurde, fand der Industriemeister keine Arbeit mehr. Da war er bereits »zu alt«. Nun hilft er anderen Betroffenen. Und er macht eine Sendung im Lokalradio mit gewerkschaftlichen Inhalten.



Foto: Rita Eggstein

Vom Büro der IG Metall Freiburg blickt Werner Altmann auf den Schwarzwald. Keine Idylle: Über tausend Mitglieder der IG Metall-Verwaltungsstelle sind arbeitslos.

»Es kommen zu wenige – und meistens erst, wenn sie ins Arbeitslosengeld II rutschen und undurchsichtige Bescheide bekommen«, erzählt Altmann. »Da geht es dann an ihr Vermögen oder ihr Haus.«

Altmann hat einen Termin mit Renate. Bürokauffrau, mit Berufserfahrung, doch seit fünf Jahren arbeitslos – »zu alt«.

»Jetzt haben die mir einen Ein-Euro-Job reingedrückt«, berichtet Renate. »Ich mach ja gerne was – aber muss ich wirklich putzen?«

»In deiner Eingliederungsvereinbarung steht doch klar »Büro und Verwaltung«. Warum hast Du unterschrieben? Du hast doch das

Recht, dich vorher beraten zu lassen«, fragt Altmann.

»Ach, die haben auf mich eingeredet«, erzählt Renate. »Es hieß: »Sie sind ja total unflexibel. Kein Wunder, dass Sie arbeitslos sind.«

Altmann rät: »Such Dir schnell selbst einen Ein-Euro-Job, um denen zuvorzukommen. Das geht.«

Viele unterschreiben aus Angst alles. Und wie auch bei Renate ist fast nie die Rede von »erforderli-

chen Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt«, etwa durch Qualifizierung, wie im Gesetz eigentlich vorgeschrieben, erklärt Altmann. Fordern ohne Fördern – nach Bundesagentur-Vordruck. Die Arbeitslosen sollen sich bewegen. Punkt.

»Ich habe selten erlebt, dass die jemanden vermitteln. Wer Arbeit findet, hat das allein geschafft«, sagt Altmann. Kein Wunder: »Hundert Erwerbslose kommen

auf einen Vermittler, der zudem nicht mal selbst für die Akquise der Jobs in der Wirtschaft zuständig ist. Das machen wieder andere. Das kann nicht funktionieren.«

Altmann hilft bei Anträgen, Widersprüchen, klärt die Betroffenen über ihre Rechte auf. Sein Wissen hat er auf IG Metall-Seminaren erworben, gemeinsam mit vielen anderen ehrenamtlichen Sozialberatern und IG Metall-Sekretären.

Mit der Beratung hat Altmann vor elf Jahren angefangen, nach einem Praktikum bei der IG Metall Freiburg – eine Qualifizierungsmaßnahme, um endlich Arbeit zu finden. Denn Altmann selbst ist seit 1991 arbeitslos. Damals verlor er seine Arbeit als Industriemeister bei einem kleinen Metallbetrieb. Er schrieb eine Bewerbung nach der anderen. Fachkräfte waren gefragt. Doch er war »zu alt«. Mit 42 Jahren.

Neben der Beratung macht Altmann eine Stunde pro Woche »Arbeitsweltradio« im Lokalsender »Dreyeckland«: Nachrichten aus Betrieben, Tipps für Betriebsräte und Erwerbslose. Seit einem Interview zu den Problemen von Arbeitslosen ist er fest dabei.

»Ich sah dort die große Chance, endlich einmal gewerkschaftliche Themen ins Radio zu bringen«, erklärt Altmann.

Beides, Beratung und Radio, will er mindestens bis zur Rente weitermachen. Und nach ihm soll es weitergehen. Altmann versucht gerade, Nachfolger aufzubauen.

»Ich habe selbst erlebt, wie das ist: Viele Arbeitslose können sich einfach nicht wehren. Für mich war klar: Auch wenn ich arbeitslos bin – als aktiver Gewerkschafter muss ich einfach was tun.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

IG Metall-Mitglieder arbeiten für Erwerbslose

Wie Werner Altmann arbeiten bundesweit etwa 50 ehrenamtliche IG Metall-Sozialberater, insbesondere im Osten. Sie leisten wertvolle Unterstützung für die Beratung der IG Metall-Verwaltungsstellen. Ihr Wissen erwerben sie auf den Sozialberatungs-Seminaren der IG Metall. Und viele Erwerbslose engagieren sich in örtlichen Arbeitslosen-Arbeitskreisen. Mehr zur IG Metall-Erwerbslosenarbeit unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

RECHT SO

Arbeitsverträge nicht ungeprüft unterschreiben

metallzeitung: Der Arbeitsvertrag regelt die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses, das meist auf Jahre hinaus den Rahmen für einen bestimmenden Teil des eigenen Lebens festlegt. Worauf sollten Arbeitnehmer bei Abschluss eines Arbeitsvertrags besonders achten und was müssen sie alles akzeptieren?

Carsten Schuld: Arbeitnehmer sollten sich einen Arbeitsvertrag oder auch nur eine Vertragsänderung immer sorgfältig anschauen. Erfahrungsgemäß ist längst nicht alles, was Arbeitgeber zur Unterschrift vorlegen, rechtlich zulässig. Oft verwenden sie standardisierte Vertragstexte, von denen sie sich nur ungern abbringen lassen. Doch gerade im Arbeitsrecht machen Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bei Vertragsabschlüssen bedeutsame Vorgaben. Interessenten müssen also nicht alles hinnehmen, sondern können Bedingungen auch frei aushandeln. Hierbei müssen die gesetzlichen Schutzbestimmungen (Arbeits-, Mutter-, Kündigungsschutz und Schwerbehindertenrecht) zwingend beachtet werden.

Verwendet der Arbeitgeber einen standardisierten Vertragstext, dürfen die Klauseln den Arbeitnehmer nicht übermäßig benachteiligen oder überraschende Bestimmungen enthalten – zum Beispiel nicht hinter den gesetzlichen Mindeststandards zurückbleiben. Sie sind nichtig – auch wenn beide Seiten sie unterschrieben haben.

Für die verschiedenen Regelungsebenen gilt: Die jeweils höhere Ebene setzt die Mindeststandards für die nächsttiefere fest. Die Reihenfolge lautet: Grundgesetz – Gesetz – Tarifvertrag – Betriebsvereinbarung – individueller Vertrag. Wichtige Klauseln in Arbeitsverträgen sind unter anderem die Bezugnahme auf einen Tarifvertrag oder ein Widerrufsrecht für übertarifliche Leistungen.

Auch ein mündlich geschlossener Arbeitsvertrag ist möglich. Der Arbeitnehmer kann aber eine Niederschrift der wesentlichen Vertragsbedingungen verlangen. Zudem hat der Arbeitgeber die Vertragsbedingungen spätestens einen Monat nach Beginn des Arbeitsverhältnisses schriftlich zu übergeben. Achtung: Mündliche Nebenabreden können im Vertrag ausgeschlossen sein. ■

Carsten Schuld,
Jurist beim DGB-
Rechtsschutz
beantwortet hier
jeden Monat Eure
Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Beratung und Überprüfung von Arbeitsverträgen ?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

- www.igmetall.de/metallzeitung
- www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE

Wenn Leiharbeiten die

GLEICHE ARBEIT?

Leiharbeit fair gestalten.

GLEICHES GELD!

IG Metall ist erste Anlaufstelle vor Ort

- Bei Problemen mit dem Arbeitsvertrag oder bei Kündigungen sind die IG Metall-Verwaltungsstellen die erste Anlaufstelle für betroffene Leiharbeiter. Anschrift und Telefonnummer gibt es im Internet: ► www.igmetall.de → IG Metall → IG Metall Adressen
- Mit ihrer Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« setzt sich die IG Metall für faire Beschäftigungsbedingungen in der Leiharbeit ein.
 - www.gleichearbeit-gleichesgeld.de
 - www.arbeitslose-leiharbeiter.de

Arbeitslosigkeit droht

Wenn Leiharbeiter ihren Job verlieren, ist guter Rat für Mitglieder nicht teuer. Denn Metaller erhalten kostenlose Unterstützung und Beratung bei ihrer Verwaltungsstelle.

Leiharbeiter trifft die Wirtschaftskrise oft als Erste. Nachdem die Aufträge etwa in der Autoindustrie zurückgingen, meldeten viele Unternehmen ihre Leiharbeiter ab. Worauf es nun ankommt, darüber haben einige IG Metall-Verwaltungsstellen wie in Leipzig oder Emden ihre Leiharbeiter bereits in einem Brief informiert. Die IG Metall bietet Unterstützung und Tipps, wenn es um Kündigung, neue Einsatzorte oder Personalgespräche geht.

Beim Personalgespräch sollten Leiharbeiter einiges beachten. Gibt es in der Verleihfirma einen Betriebsrat, haben sie das Recht, ein Mitglied des Betriebsrats zum Gespräch mitzunehmen. Gibt es keinen Zeugen, der am Gespräch teilnimmt, kann der Arbeitnehmer verlangen, dass das Gespräch verschoben wird.

Bietet der Arbeitgeber einen neuen Einsatz an, sollten Beschäftigte der Leiharbeit nicht ablehnen, sondern lieber nach den Konditionen und Bedingungen wie Fahrzeiten und Kostenersatzung fragen.

Auf Vorwürfe nicht mit Erklärungen reagieren. Ein kurzes »Das sehe ich anders« reicht. Stellungnahmen können später nachgereicht werden, wenn sich die Betroffenen beispielsweise in ihrer IG Metall-Verwaltungsstelle Rat geholt haben.

Vorsicht, wenn Verleiher einen Aufhebungsvertrag anbieten. Auf gar keinen Fall sofort unterschreiben. Denn die Unterschrift kann nicht rückgängig gemacht werden und führt in der Regel zu einer Sperrzeit bei der Arbeitsagentur.

Neuer Einsatzort – anderes Einkommen? Wenn sich der Verdienst ändert, unbedingt den Mitgliedsbeitrag anpassen. Wer weniger verdient, zahlt auch weniger – nämlich immer ein Prozent vom Brutto. Arbeitslose zahlen pauschal 1,53 Euro pro Monat.

Für Leiharbeiter lohnt sich die Mitgliedschaft in der IG Metall auch und gerade, wenn sie arbeitslos werden. Mitglieder erhalten kostenlosen Rechtsschutz und können sich etwa gegen eine Kündigung auch vor Gericht wehren. Spätestens drei Wochen, nachdem die Kündigung ausgesprochen wurde, können sie bei ihrer Verwaltungsstelle eine Kündigungsschutzklage einreichen. Dort erfahren sie auch, welche Chancen ihre Klage hat. Rechtsschutz gibt es übrigens auch bei Streitigkeiten mit der Arbeitsagentur oder der Arge.

Auch bei Problemen mit dem Arbeitszeugnis hilft die IG Metall weiter. Sie prüft etwa die Formulierungen und setzt sich für eine gerechte Bewertung der Arbeit ein. Auch wer keins bekommen hat, kann sich an seine Verwaltungsstelle wenden.

Ein neuer Einsatzort oder ein neuer Arbeitsvertrag? Bei der IG Metall können Leiharbeiter ihre Verträge prüfen lassen und klären, welche Klauseln zulässig sind und welche vielleicht nicht. Bei einem neuen Einsatzbetrieb kann die IG Metall Hintergrundinformationen besorgen und eventuell erste Kontakte zum Betriebsrat herstellen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Neonazi-Banden ziehen bei uns durch die Dörfer

metallzeitung sprach mit Heinz Becker, 81 Jahre, der immer noch gegen Nazis und Krieg aufsteht, schreibt und diskutiert.

metallzeitung: Bei Euch im Dorf gibt es Terror durch Neonazis?

Heinz Becker: Ja. Die schließen sich hier bei uns im Landkreis Waldeck-Frankenberg in Banden zusammen, patrouillieren mit Nazi-Musik durch die Dörfer, rufen »Ausländer raus« und »Heil Hitler«. Einem Nachbarn, der sich beschwert hat, haben sie Flaschen aufs Haus geworfen. Ich bin denen hinterher: »Ich geb' Euch gleich »Heil Hitler!«

metallzeitung: Hast Du Angst?

Becker: Nein. Ich habe die Nazizeit erlebt. Meinen Vater, ein aufrechter Gewerkschafter, haben sie blutig geschlagen. Mit 17 Jahren kam ich an die Front, habe mit Glück überlebt. Ich sah viele Tote, auch die der Massenmorde bei uns in Duisburg. Nach dem Krieg war ich auf vielen Demos gegen Nazis und Krieg. Oft hat uns die Polizei da zusammengeknüppelt.

metallzeitung: Bis Du noch aktiv?

Becker: Ich gehe immer noch auf Demos. Mein Sohn singt dort



Foto: Privat

Heinz Becker, früher Vertrauensmann bei Mannesmann Stahl in Duisburg, kämpft seit 60 Jahren gegen Nazis.

Friedens- und Arbeiterlieder. Und ich habe ein Buch über meine Erinnerungen aus der Nazizeit geschrieben. Ich lese in Schulen vor, erzähle und diskutiere. Ich will nie wieder Faschismus und Krieg! ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Infos und Heinz Beckers Buch:

► www.igmetall.de/metallzeitung

MENSCHEN, DIE BEWEGEN



Foto: Privat

Schneeprobe bestanden

Auch im Kampf gegen Schneeberge macht die Streikweste der IG Metall eine gute Figur. Vor knapp zwei Jahren zog Martina Hopp mit ihrem Mann aus dem sächsischen Zwickau nach Schwedisch Lappland. Seither kämpft die ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Firmen Dräxlmaier und Autovision in Zwickau im Winter mit großen Schneemassen und im Sommer mit Millionen Mücken. Mit ihrer Verwaltungsstelle in Zwickau hält sie Kontakt und berichtet regelmä-

ßig von ihrem neuen Leben im Norden rund 2700 Kilometer von Zwickau entfernt. »Ich bin bestimmt das am weitesten entfernte IG Metall-Mitglied der Verwaltungsstelle Zwickau«, schreibt Martina Hopp in ihrem Weihnachtsbrief an die Verwaltungsstelle. Und bestimmt auch das nördlichste.

LAUT UND LEISE

»Schlauer statt Rechts«: Musik und mehr

Auf der CD der Kampagne »Schlauer statt Rechts« gibt es Musik gegen Nazis – eine Gemeinschaftsproduktion der Kölner Rap-Band »Microphone Mafia« mit der jüdischen Sängerin und Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano. Darüber hinaus ent-

hält die CD viel Material zur Aufklärung und Bildungsarbeit gegen Rechts. Die Kampagne »Schlauer statt rechts« wurde vor einem Jahr von der DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit anderen Jugendverbänden gestartet – mit zahlreichen Aktionen, Festivals und Konzerte gegen Rechts. **de**

Die CD gibt es kostenlos unter:
► www.schlauer-statt-rechts.de



Elf Kurzfilme zum Wandel der Arbeitswelt

»Mach doch, was Du willst« ist der Titel einer DVD mit elf Kurzfilmen zum Wandel der Arbeitswelt. Mal satirisch: Mutti lohnt sich für die Familie nicht mehr und wird outgesourced. Mal dokumentarisch: Schüler sprechen über ihre Zukunftsperspektiven. Mal skurril: Eine

»Arbeitsguerilla« tourt in einem Bus, nimmt sich Arbeit und erzwingt Löhne. Mal nachdenklich: Zukunft der Arbeit ohne Arbeit? Die Filme sind aus einem Wettbewerb der Kulturstiftung des Bundes hervorgegangen. Die Filme liefen bereits in Kinos und auf Gewerkschaftsveranstaltungen und sind jetzt als DVD erhältlich. **de**

»Mach doch, was Du willst«, 11 Kurzfilme, DVD, 11,95 Euro.
► www.machdochwasduwillst.org

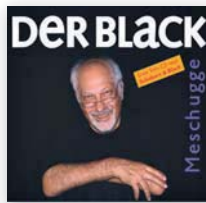


Der Black singt vom Wimpelpatriotismus

Mitte der 60er-Jahre traf Lothar »Black« Lechleiter auf Wolfgang »Schobert« Scholz. Die beiden taten sich zusammen und feierten als »Schobert & Black« in der Folkmusik Erfolge. Das Duo verfasste spöttische und politische Bänkellieder, die sie selbst als »Höhe-

ren Blödsinn« bezeichneten. Schobert starb 1992. Black zog es auch danach immer wieder auf die Bühne. Jetzt brachte er sein erstes Solo-Album heraus. »Meschugge« heißt die neue CD. Darauf besingt Black etwa den Wimpelpatriotismus, die Kunst der Mardervertreibung und das Dresdner Elbufer. **fam**

Mehr Infos zur neuen CD:
► www.der-black.de



MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Bei einem kranken Kind darf man zu Hause bleiben

Was tun, wenn das Kind krank ist? Es gibt gesetzlich festgelegte Ansprüche auf Befreiung von der Arbeit und auf Krankengeld.



Eltern haben das Recht auf Freistellung, wenn das Kind krank ist.

Niklas hat hohes Fieber. Seine Eltern Sabine und Christian wollen den Achtjährigen nicht alleine lassen. Da beide berufstätig sind stellt sich die Frage, ob einer der beiden zu Hause bleiben darf. Die Antwort lautet ja, aber nur unter bestimmten Umständen. Niklas muss von einem Arzt zunächst eine Bescheinigung bekommen, dass er auf Pflege angewiesen ist (Pflegebedarfsbescheinigung).

Der Elternteil, der bei ihm bleibt, muss dann seinen Arbeitgeber informieren, dass er vom Recht auf die sogenannte unbezahlte Freistellung Gebrauch machen möchte. Pro Jahr kann Sabine das an zehn Arbeitstagen nutzen, Christian ebenso. Ein Alleinerziehender hat entsprechend das Recht auf 20 Tage.

Das Recht auf seinen Lohn behält man. Während sich Sabine also um Niklas kümmert, geht kaum Geld verloren. Allerdings zahlt dies nicht der Arbeitgeber, sondern die Krankenkasse in Form von Krankengeld. Sabine muss also ihre Krankenkasse informieren. Achtung: Kein Recht auf das Krankengeld hat man, wenn das Kind über eine Privatversicherung mitversichert ist.

Und eine weitere Bestimmung, die man kennen sollte: Gibt es im Haushalt Angehörige wie etwa eine Oma oder einen Opa, die sich um das Kind kümmern können, hat man keinen Anspruch auf das Krankengeld. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

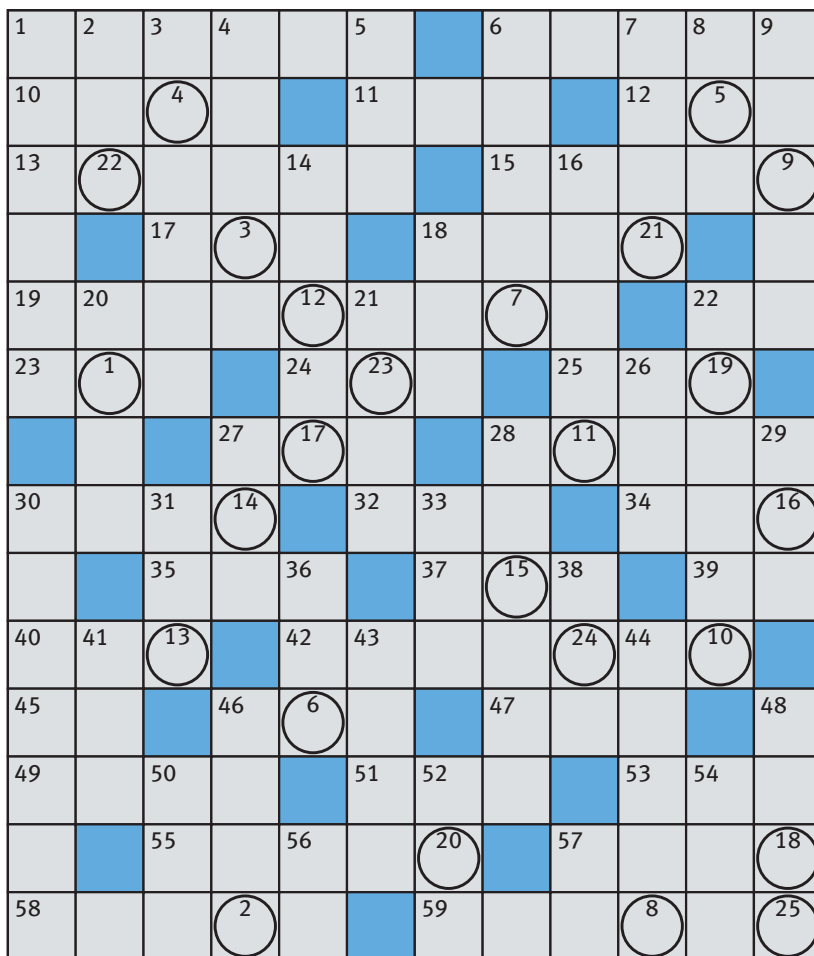
Tarifverträge bieten mehr

Viele IG Metall-Tarifverträge gehen über die gesetzlichen Regelungen hinaus. In manchen Fällen gleicht der Arbeitgeber die Differenz zwischen normalem Lohn und Krankengeld (maximal 90 Prozent vom Nettoentgelt) aus. Einige Verträge bieten sogar bezahlte Freistellungstage.

► www.igmetall.de

- Ratgeber und Bildung
- Kinder, Familie, Elternzeit
- Broschüre »Wenn mein Kind krank ist«

RÄTSEL



Lösungswort:



WAAGERECHT

- 1 Untersuchungsergebnis
- 6 großer Planetoid
- 10 unverfälscht
- 11 Anrede für Wort
- 12 Abk. für: Intercityexpress
- 13 Opernfigur bei Weber
- 15 hinauf, aufwärts
- 17 größeres Binnengewässer
- 18 langes, erzählendes Heldengedicht
- 19 Nebenraum der Kirche
- 22 Autokennzeichen von Celle
- 23 ich (lat.)
- 24 schottischer Fluss
- 25 Segelquerstange am Mast
- 27 deutsches Normenzeichen
- 28 Fluss ins Kurische Haff
- 30 eingedeichtes Land, Polder
- 32 Zufluss der Aller
- 34 drei (ital.)
- 35 Stadt an der Donau
- 37 in der Art von (französisch)
- 39 Autokennzeichen von Uelzen
- 40 Empfehlung
- 42 Gruppe um eine Kultfigur
- 45 Telefonzubehör (Abkürzung)
- 46 deutscher Physiker † (Georg S.)
- 47 Euro (Abk.)
- 49 Staubbesen mit öligen Fransen
- 51 Zeitmessgerät
- 53 feierliches Gedicht
- 55 italienischer Ordenspriester
- 57 internationales Rohstoffkartell (Abk.)
- 58 plötzliches scharfes Geräusch
- 59 Wildfang

SENKRECHT

- 1 Karpfenfisch
- 2 Diagramm der Hirnströme (Abkürzung)
- 3 Misserfolg
- 4 deutsche Spielkarte
- 5 Artikel
- 6 dünner französischer Pfannkuchen
- 7 Gewebeart, Dekostoff
- 8 ital. Autor
- 9 Gruppe gleichartiger Dinge
- 14 Titelheldin bei Johanna Spyri
- 16 Gewebeart
- 18 französisch: Sommer
- 20 Börsenaufgeld
- 21 Astrologe Wallensteins
- 22 Engel
- 26 öffentliche Behördenstelle
- 27 Abk. für: dergleichen
- 28 landwirtsch. Beruf
- 29 Windschattenseite
- 30 Kunstgegenstand aus gebranntem Ton
- 31 unmodern
- 33 Nebenfluss der Weichsel
- 36 Mehrfamilienhaus (Abkürzung)
- 38 Leichtmetall (Kurzwort)
- 41 Dauerbezug von Zeitungen (Kurzwort)
- 43 Strom in Ostasien
- 44 älterer Blutsverwandter (familiär)
- 46 Halbedelstein
- 48 Wirtschaftsorganisation (Abk.)
- 50 per procura (Abk.)
- 52 Viehfutter
- 54 eh. Fadenstärkemaß (Abk.)
- 56 Abk. für: Deziliter
- 57 Oberbürgermeister (Abk.)

Die Gewinner im Dezember

Lösungswort: **Weihnachtsgeld**Erster Preis: Eine Reisetasche
Simone Peter, SiegbachZweiter Preis: Ein Steiff-Teddy »Petsy«
Markus Steinert, BremenDritter Preis: Ein Lexikon »Brockhaus«
Norbert Schulz, Dresden

Das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Einsendeschluss: **23. Februar 2009**

Die Preise im Februar



Foto: Tannhäuser Hotel

Erster Preis
Drei Übernachtungen im Tannhäuser Hotel Rennsteigblick



Zweiter Preis
Ein Steiff-Teddy »Petsy«



Dritter Preis
Ein »Brockhaus Ernährung«

Der Sonderpreis im Dezember geht an:

- Ein Exemplar »Biografie, Reden, Briefe«, dreibändiges Werk zu Otto Brenner: Annette Klotz, Lüdenscheid
- Eine DVD »Der Eiserne Otto«: Thomas Strobel, Gauting
- Je eine Sicherheitsweste: Eberhard Busch, Dillenburg – Karin Esser, Wuppertal – Ursula Grimm, Bernau
- Je ein Schweizer Messer: Torben Villwock, Nienburg – Waltraud Biebl, Stuttgart
- Je ein Schlüsselband: Traudel Behrens, Kaarst – Saliha Özen, Essen
- Ein IG Metall-Fußball: Matthias Söchtig, Sehnde

DA GEHT WAS



Schritt für Schritt zum Tarif

Technisch ist die Solar-Fabrik Freiburg schon lange auf dem neuesten Stand. Doch auch bei den Beschäftigungsbedingungen setzt sie sich nun von der Konkurrenz ab. Ende Oktober schloss sie als erstes Unternehmen der Branche mit der IG Metall einen Anpassungstarifvertrag ab. Für die Beschäftigten heißt das vor allem: Sie bekommen mehr Geld.

Foto: Rita Eggstein

Technisch modern und beim Tarif ganz vorn ist die Solar-Fabrik. Betriebsrat und Marco Sprengler (zweiter von rechts) kämpften ein Jahr lang für mehr Geld.

Diesen Spitznamen wird Marco Sprengler so schnell nicht wieder los. Solarpapst nennen die Kollegen in Freiburg den Zweiten Bevollmächtigten der IG Metall. Denn über ein Jahr gab es für ihn fast nur ein Thema: die Solar-Fabrik. Gemeinsam mit den Beschäftigten kämpfte er für einen Tarifvertrag. Ende Oktober hatten sie ihr Ziel schließlich erreicht. Die IG Metall schloss mit dem Arbeitgeber einen Anpassungstarifvertrag ab.

Für die Beschäftigten heißt das vor allem: Sie bekommen mehr Geld. Ihre Einkommen werden in den nächsten zwölf Jahren schrittweise an den Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie angeglichen. Sie erhalten alle Zuschläge und nehmen an allen Tarifierhöhungen teil. Zwar zahlte die Solar-Fabrik bereits bisher mehr als in der Branche üblich,

erklärt Werner Müller, Betriebsrat in Werk II. Doch vom Tarif war sie noch weit entfernt. »In der untersten Lohngruppe liegen die Leute heute noch fast 40 Prozent unter Tarif«, sagt Müller.

Ganz ohne Zugeständnisse gab es das alles jedoch nicht. So gilt für die Beschäftigten der Solar-Fabrik weiter eine längere Arbeitszeit, und sie bekommen weniger Urlaub. Dennoch ist die Betriebsratsvorsitzende Erika Wagner zufrieden. »Uns war klar, dass wir

den Tarifvertrag nicht eins zu eins bekommen. Aber das Ergebnis ist mehr als wir anfangs erwarten konnten.« Denn hinter den Mitstreitern liegt ein gutes Jahr harte Arbeit. Als die IG Metall im April 2007 begann, die Wahl eines Betriebsrats zu organisieren, konnte sie gerade mal auf eine Handvoll Mitglieder zählen. »Bei der ersten Versammlung spaltete sich die Belegschaft in zwei Lager«, erinnert sich Müller. Die Angestellten standen auf Seiten des Arbeitgebers, der gleich einen Anwalt mit-

gebracht hatte. Die ganze Veranstaltung ging ziemlich turbulent zu. »Am Ende wollten zwei Vorkämpfer fast noch aufgeben«, erzählt Sprengler. Heute kann er über die Geschichte schmunzeln. Der Betriebsrat wurde schließlich gewählt. Und auch die Mitstreiter wurden im Laufe der Zeit immer mehr. In der Produktion sind gut 90 Prozent Mitglied der IG Metall, und auch viele Angestellte haben ihre Haltung inzwischen geändert, sagt Müller. »Selbst Schichtleiter trauen sich jetzt, Dinge offen zu kritisieren.«

Nur mit den Verhandlungen über einen Tarifvertrag kam Marco Sprengler zunächst nicht voran. Den Durchbruch brachte ein Warnstreik, mit dem die Belegschaft drei Schichten lang die Produktion komplett lahmlegte. »Das hat sofort gewirkt.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Nur wenige haben einen Betriebsrat

- Betriebsräte und tarifvertragliche Regelungen sind in der Solarbranche noch immer die Ausnahme. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des IMU-Instituts Berlin, die die Otto-Brenner-Stiftung in Auftrag gegeben hat.
- Die Studie gibt es als Download im Internet. Der Link steht unter:
► www.igmetall.de/metallzeitung

DIE GUTE IDEE

Metaller suchen für Metaller Arbeitsplätze

In Nürnberg hilft die IG Metall Jobs zu finden. Das Aktivitätenzentrum profitiert vom Netzwerk mit den IG Metall-Betrieben.

Die ersten, die die Wirtschaftskrise zurzeit trifft, sind Leiharbeiter und Menschen mit befristeten Verträgen. »Die sind derzeit in einer besonders schwierigen Situation«, weiß Jürgen Wechsler, Geschäftsführer der IG Metall in Nürnberg.

Gerade für diese Arbeitnehmer kommt das Angebot des Aktivitätenzentrums wie gerufen. »Wir wollen vor allem denen helfen, die noch nicht arbeitslos sind, es aber vermutlich bald werden«, erklärt Herbert Hansel, Geschäftsführer der Beschäftigungsgesellschaft GPQ.

Hansel ist Metaller und auch Mitglied des IG Metall-Ortsvorstands. Die GPQ – einst gegründet für die Massenentlassung bei Grundig – qualifiziert und berät IG Metall-Mitglieder in Nürnberg, die einen neuen Arbeitsplatz suchen. »Nicht alle Metaller haben gute Sozialpläne, um den Service einer Beschäftigungsgesellschaft zu nutzen. Und das Arbeitsamt hilft erst, wenn sie tatsächlich arbeitslos sind. Wir

versuchen, diese Lücke zu füllen, erklärt Hansel. Seit Herbst läuft das Projekt. Derzeit nutzen es rund 200 Menschen – die meisten davon ehemalige AEG-Beschäftigte – um einen Job zu finden.

Die Jobsucher erhalten Bewerbungstraining, Hilfe bei Recherchen, Sozialberatung und ein persönliches Stärken-Profil. Der größte Trumpf jedoch ist das Netzwerk der IG Metall.

»Wir nutzen unsere Beziehungen zu den Betrieben«, erklärt Jürgen Wechsler. Betriebsräte und Vertrauensleute werden auf Einzelfälle angesprochen. Die IG Metall agiert also als konkreter Jobvermittler und auch als Qualifizierer beispielsweise durch Praktika.

Kein Wunder, dass alle Mitglieder begeistert sind: Endlich ein brauchbarer und konkreter Service für Arbeitsuchende. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Infos zum Projekt:

► www.gpq-active.de



Wer bei der IG Metall in Nürnberg einen Job sucht, bekommt Hilfe von Profis.

UNSER PRODUKT



Foto: Senertec Kraft-Wärme-Energiesysteme GmbH

Das Blockheizkraftwerk von Senertec spart 30 Prozent Energie.

Stromkosten senken mit einem »Dachs«

Mini-Blockheizkraftwerke für Einfamilienhäuser produzieren umweltfreundlich und preiswert Strom und Wärme.

Angesichts der galoppierenden Strom- und Gaspreise sowie die CO₂-bedingten Klimaveränderungen wird der Ruf nach Alternativen lauter. Für Ein- und Mehrfamilienhäuser bieten sich da die Mini-Blockheizkraftwerke von Senertec an, vom Hersteller »Dachs« getauft.

Die Anlage – mit Gas oder Flüssiggas, Heiz-, Rapsöl oder Biodiesel betrieben – produziert über einen Generator Strom und nutzt die entstehende Wärme zum Heizen oder zur Warmwasser-Bereitung. Die Brennstoffeinsparung, verglichen mit traditioneller Strom- und Wärmeerzeugung: rund 30 Prozent.

Überschüssiger Strom geht gegen Vergütung ins öffentliche Netz. Und die von dem Mini-

blockheizkraftwerk verbrauchten Rohstoffe sind seit 1999 von der Energiesteuer befreit. Bei der Anschaffung gewährt das Klimaschutz-Impulsprogramm des Bundes zudem attraktive Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Unterm Strich, rechnet Senertec vor, amortisieren sich die Investitionskosten für den Dachs in wenigen Jahren. »Das Konzept steht für wirtschaftliche und ökologische Energieerzeugung, die unabhängig von lokalen Energieversorgern macht.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Weitere Informationen, auch über die Preise, gibt es unter:

► www.senertec.de

MITMACHEN SCHREIBT UNS EURE IDEEN UND PRODUKTE

Querdenken, etwas anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metallerinnen und Metaller stolz sind. Wer ist Weltmeister? Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?

Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

IN KÜRZE

Gegen längere Arbeitszeit

Das Europäische Parlament hat Verschlechterungen der Arbeitszeitregelungen in Europa verhindert. Die Abgeordneten stimmten Ende Dezember mit großer Mehrheit gegen eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit. In der EU ist sie zurzeit auf maximal 48 Stunden pro Woche beschränkt. Außerdem sprach sich das Parlament dafür aus, dass inaktive Bereitschaftsdienste nicht als Ruhezeit gelten dürfen und Mehrarbeit auch in Zukunft innerhalb von vier Monaten ausgeglichen werden muss. Wenige Tage zuvor hatten rund 15 000 Gewerkschafter gegen geplante Änderungen der Arbeitszeitrichtlinie demonstriert.

Schulden-Ratgeber

Wenn Kredite und offene Rechnungen nicht mehr beglichen werden können, sitzen Betroffene schnell in der Schuldenfalle. Welche Wege es aus dieser Falle gibt, erklärt der Ratgeber »Überschuldung – was tun?«. Neben den gesetzlichen Grundlagen und Hinweisen zur aktuellen Rechtsprechung gibt es Infos zum Kontopfändungsschutz und den dazu geplanten gesetzlichen Regelungen. Musterschreiben helfen beim Briefwechsel mit Gläubigern und Banken.

► Ulli Winter, Klaus Müller:
»Überschuldung – was tun?«. Bund-Verlag, 2008. 16,90 Euro.

Arbeitsschutz im Web

Mithilfe einer neuen Internet-Suchmaschine lassen sich jetzt Informationen zu Arbeitssicherheit und Gesundheit im Web schneller finden. Der Grund: Die Suche beschränkt sich auf ausgewählte Angebote, anstatt das gesamte Internet zu durchforsten. Wer beispielsweise bestimmte persönliche Schutzausrüstungen einkaufen oder ausleihen möchte, kann sich dort die Angebote von rund 80 ausgewählten Herstellern und Lieferanten für Arbeits- und Umweltschutzprodukte ansehen. Außerdem können Branchen oder Produkte gezielt recherchiert werden.

► www.sifare.de

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB



Illustration: Sabine Christensen / Medicalpicture

Für eine gesunde Haut

Säuren, Laugen, Kühlschmierstoffe, Fette, Reinigungsmittel und der häufige Kontakt mit Wasser – der Haut drohen am Arbeitsplatz viele Risiken. Unter anderem ist sie anfällig für Reizungen und Ekzeme. Richtiger Schutz und konsequente Pflege beugt Erkrankungen vor.

Ekzeme – das sind Entzündungen der Haut, die oft nässen, Bläschen bilden und durch eine Rissbildung der Haut sehr schmerzhaft sind. Werden Ekzeme nicht rechtzeitig behandelt, können sie chronisch werden. Betroffene sind mitunter gezwungen, ihre berufliche Tätigkeit aufzugeben.

Verschiedene Gesetze verpflichten Arbeitgeber, ihre Beschäftigten vor Erkrankungen zu schützen sowie geeignete Hautmittel zu stellen und zu zahlen. Geeignete Schutzpräparate, schonende Reinigung und nachhaltige Pflege bewahren die Haut vor Schäden.

So gibt es Mittel gegen Hauterweichung, UV-Strahlen, wasserunlösliche sowie wasserlösliche Stoffe. Ob Salbe, Creme, Gel, Spray oder Puder: Alle Mittel müssen vor und während der Arbeit aufgetra-

gen werden. Nach Feierabend helfen reparative Hautpflegemittel. Sie unterstützen die beanspruchte Haut dabei, sich zu regenerieren und ihre Widerstandskraft zu erhöhen. Je nach Hauttyp und Beanspruchung empfiehlt sich ein fettärmeres oder fettreicheres Produkt. Einrisen und Entzündungen der Haut kann damit gut vorgebeugt werden. Risse werden dabei günstig, Entzündungen nur zum Teil günstig durch Pflegemittel beeinflusst. Die Produkte sollten Fette enthalten, die den natürlichen Hornschichtfetten entsprechen.

Oberstes Gebot ist und bleibt die Reinigung der Haut, um schädigende oder störende Substanzen von der Haut zu entfernen. Bei leichten Verschmutzungen genügt eine milde Waschlotion.

Bei starker, fest anhaftender Verschmutzung sind reibemittelhaltige Präparate sparsam einzusetzen. Oft sind auch lösemittelhaltige Reiniger erforderlich. Doch sie entfetten die Haut stärker als eine normale Waschlotion. Darum lautet die Devise: Weniger ist mehr.

Handschuhe bieten einen wirksamen Schutz vor Hauterkrankungen, sind jedoch nicht immer sinnvoll. Denn feuchtigkeitsdichte Handschuhe verursachen häufig einen Feuchtigkeitsstau. Die Haut quillt auf, Keime und Erreger können eindringen. Wer unter dem Schutzhandschuh einen Baumwollhandschuh trägt, verringert den Feuchtigkeitsstau. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Tipps und Infos zur Hautpflege:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Steuerreform für Konjunktur ein Flop

Um die Konjunktur zu beleben, sind öffentliche Investitionen sinnvoller als Steuersenkungen, sagt der Steuerexperte Achim Truger. Trotzdem spricht er sich für Steuerreformen aus. Aber aus anderen Gründen. Sie sollen die Einkommensschere zwischen Klein- und Durchschnittsverdienern und Reichen, die in der Schröder-Ära größer geworden ist, wieder schließen.



Zur Person

Achim Truger, Jahrgang 1969, hat an der Universität Köln Volkswirtschaftslehre studiert. 1997 promovierte er. Seit 1999 ist er wissenschaftlicher Referent für Finanz- und Steuerpolitik bei der Böckler-Stiftung, zunächst beim WSI, seit 2005 beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Foto: Olaf Döring

Konjunkturell werden die Steuersenkungen kaum etwas bewirken – aber dauerhaft ein Loch in die Staatskasse reißen. Höhere öffentliche Investitionen, Sozialleistungen (wie Hartz IV) oder Konsumschecks würden dem Wirtschaftsmotor einen viel stärkeren Schub geben.

Mit dem zweiten Konjunkturpaket will die Bundesregierung die Einkommenssteuer um sechs Milliarden Euro senken. In zwei Stufen soll der Grundfreibetrag bis 2010 um 340 Euro angehoben, der Eingangsteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt und der Steuersatz

leicht gestreckt werden. Dies führt zu mehr Steuergerechtigkeit: Menschen in Haushalten mit geringeren und mittleren Einkommen dürfen einen größeren Anteil ihres Einkommens behalten als Reiche (siehe Grafik). Konjunkturpolitisch ist die Steuersenkung jedoch

ein Flop. Wenn private Haushalte entlastet werden, kurbelt das die Konjunktur nur dann an, wenn die Haushalte ihr höheres Einkommen auch wirklich ausgeben und nicht aufs Sparkonto legen. Da Haushalte mit schmalen Budget im Vergleich zu anderen den höchsten Anteil ihres Einkommens auch ausgeben (müssen), sollten gerade sie möglichst stark entlastet werden.

Aber gerade dabei versagt die Steuerreform. Auch wenn reiche Haushalte prozentual weniger profitieren, werden sie absolut, in Euro und Cent, deutlich stärker entlastet als Haushalte mit niedrigen oder mittleren zu versteuernden Einkommen.

Ärmere private Haushalte, die aufgrund zu geringer Einkünfte überhaupt keine Einkommenssteuer zahlen, kommen gar nicht erst in den Genuss der Einkommensverbesserungen.

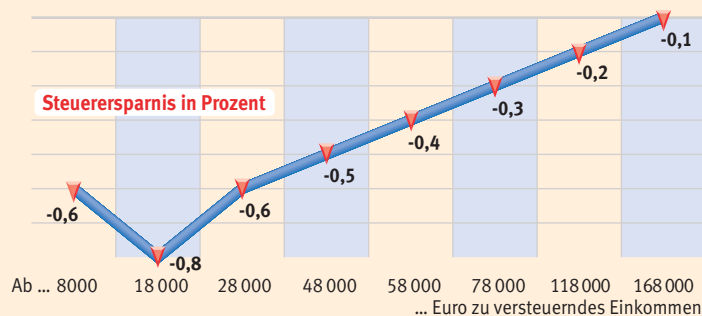
Das heißt aber noch lange nicht, dass es keinen Reformbedarf gäbe. Bei der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit liegt einiges im Argen: Die Schieflage hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen – und wurde durch die Steuerpolitik in den letzten zehn Jahren noch verschärft, vor allem durch großzügige Entlastungen für Reiche.

Hier liegt der Ansatzpunkt für eine durchgreifende Reform: Untere und mittlere Einkommen sollten durch niedrigere Steuersätze spürbar entlastet werden, hohe Einkommen durch einen höheren Spitzensteuersatz und Schließen von Steuerschlupflöchern deutlich stärker belastet werden. Das würde auch eine Belastung der öffentlichen Haushalte und damit eine unsoziale Sparpolitik in der Zukunft verhindern. ■

Achim-Truger@boeckler.de

Konjunkturpaket II entlastet auch Kleinverdiener

Soviel Prozent Einkommenssteuern zahlen ledige Bürger ab 2010 weniger (bezogen auf ihr zu versteuerndes Einkommen):



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

8,73 Mrd.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Insolvenz

Aufgrund der Rezession droht eine Vielzahl an Insolvenzen. Doch auch in der Krise gilt das Betriebsverfassungsgesetz. Betriebsräte und Beschäftigte müssen handeln, um ihre Ansprüche zu sichern.

Manche Beschäftigte haben den Pleitegeier über ihrem Betrieb ja schon länger kreisen sehen. Andere Mitarbeiter trifft es aber aus heiterem Himmel, wenn ihr Arbeitgeber plötzlich in die Insolvenz geht. In jedem Fall ist die Insolvenz ein Schock, der in der Belegschaft die Angst vor Arbeitslosigkeit auslöst.

Beschäftigte und Betriebsräte sollten für diesen Fall gewappnet sein, um die Krise zu meistern. Panik hilft nicht weiter, denn eine Insolvenz bedeutet nicht automatisch das Aus. Das Insolvenzrecht ermöglicht die Weiterführung des betroffenen Unternehmens. Das Arbeitsverhältnis bleibt auch nach der Insolvenzeröffnung bestehen. Setzt das Unternehmen die Lohnzahlungen aus, zahlt die Arbeitsagentur für Rückstände vor der Eröffnung drei Monate lang Insolvenzgeld in Höhe des Nettoeinkommens. Bei Lohnverzug sollte sich der Arbeitnehmer grundsätzlich an seine IG Metall-Verwaltungsstelle wenden. Dort

wird für Beratung gesorgt. Wie Beschäftigte eine Insolvenz ihres Betriebs überstehen, hängt vom jeweiligen Insolvenzverwalter ab. Gute Insolvenzverwalter retten das Unternehmen durch Sanierung oder einen Insolvenzplan und setzen sich aktiv für den Erhalt der Beschäftigung und der Arbeitsplätze ein.

Sollte das nicht mehr möglich sein, sorgen sie dafür, dass Löhne und ein gut ausgestatteter Sozialplan so weit wie möglich gezahlt werden.

Leider sind aber nicht alle Insolvenzverwalter derart sanierungsorientiert. Durch vorschnelle Abwicklungen gehen so viele tausend Arbeitsplätze verloren. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Buchtipps zum Weiterlesen: Insolvenzhandbuch, 2. Auflage, Bichlmeier et al., Bundverlag
 ► www.insolvenzarbeitsrecht.de
 Im Internet weitere Antworten rund um die Insolvenz und ein Formular für das Insolvenz-Geld.
 ► www.igmetall.de/metallzeitung

Betriebsrat behält Mitspracherecht

Auch in der Insolvenz bleibt der Betriebsrat mit seinen Mitbestimmungsrechten bestehen. Die Beschäftigten sind häufig Gläubiger des pleite gegangenen Unternehmens. Sie haben das Recht mitzuentcheiden, etwa bei der Wahl des Insolvenzverwalters oder an wen und zu welchen Bedingungen der Betrieb verkauft wird.

Vertreter der Beschäftigten können sich am Gläubigerausschuss beteiligen, der den Insolvenzverwalter kontrolliert. Auch in der Insolvenz oder in der Krisenphase davor hat der Betriebsrat nach Artikel 80 III BetrVG einen Anspruch auf Bezahlung eines erforderlichen Sachverständigen, der bei der Beurteilung der Situation hilft.

Waffenexport boomt

Die Bundesregierung hat 2007 Waffenexporte für insgesamt 8,73 Milliarden Euro genehmigt. Ein Jahr zuvor waren es noch 7,69 Milliarden Euro.

Als »ganz besonders skandalös« sieht der Bundesausschuss Friedensratschlag den Export von Kleinwaffen in Drittländer an – also in Länder außerhalb von EU und Nato. Mit 30,2 Millionen Euro hat sich der Wert solcher Waffenexporte gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Bester Kunde war dabei Saudi Arabien, das 5135 Gewehre im Wert von 7,3 Millionen Euro erhielt. Nach Angaben des Roten Kreuzes verursachen Kleinwaffen 95 Prozent der heutigen Kriegstoten.

Angesichts des Booms hat der Friedensratschlag die Bundesregierung an die Rüstungsexportrichtlinien erinnert: Bei Waffenverkäufen sind die Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbrauchsland zu beachten. Peter Strutynsky, Sprecher der Initiative: »Diese gute Absicht ist nie eingelöst worden. Oberstes Gebot ist vielmehr die Ankurbelung des Exports.«



DAS LETZTE



WER DIE WELT BEWEGT, BEWEGT SICH HIER.



Ihre Gewerkschaft
für Produktion und Dienstleistung

PERSÖNLICHE EINLADUNG

für alle Mitglieder der IG Metall

So einfach geht's:

- Eintrittskarte bei dem/der gewerkschaftlichen AnsprechpartnerIn abholen
- Mit Name und Betrieb registrieren lassen (siehe Hinweis auf der Eintrittskarte)

Wir wünschen einen schönen CeBIT-Besuch!

CeBIT

HANNOVER
3. – 8. 3. 2009

cebit.com

Der Marktplatz Nr. 1 des digitalen Business



Deutsche Messe
Hannover · Germany

Deutsche Messe · Messengelände · Hannover, Germany · Tel. +49 511 89-0 · cebit@messe.de

